Soziale Stadt Bremen

Pilotprojekt:

Aufbau selbsttragender Strukturen im Rahmen der Programme „Wohnen in Nachbarschaften“ / „Soziale Stadt“

in den Bremer Gebieten Blockdiek und Marßel

Dokumentation
Stand: März 2008

pro loco

Pilotprojekt:

Aufbau selbsttragender Strukturen im Rahmen der Programme „Wohnen in Nachbarschaften“ / „Soziale Stadt“ in den Bremer Gebieten Blockdiek und Marßel

Dokumentation

März 2008

Erarbeitung:

pro loco
Stadt und Region, Planung und Entwicklung
Michael Glatthaar
Dr. Franziska Lehmann

Am Neuen Markt 19
28199 Bremen
T.: 0421 / 59 75 900
Email: kontakt@proloco-bremen.de

Auftraggeberin:

Freie Hansestadt Bremen

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Inhaltsverzeichnis

A Einführung 5

1. Die Gebiete der Programme WiN und Soziale Stadt in Bremen nach 10 Jahren Programmlaufzeit 5

B Phasing Out in den Bremer Programmgebieten Blockdiek und Marßel 7

2. Die Bremer Programmgebiete Blockdiek und Marßel 7

2.1 Blockdiek 7

2.2 Marßel 9

3. Phasing Out 11

3.1 Empfehlungen der Programmevaluation in Bremen (2004) 11

3.2 Umsetzung der Empfehlungen für Blockdiek und Marßel 11

4. „Selbst tragende Strukturen" – das Bremer Konzept „SELTRA" 12

4.1 Förderung von Freiwilligenarbeit 12

4.2 Stärkung von Akteursnetzwerken 13

4.3 Einrichtung von Quartiersrat und Quartiersfonds 14

4.4 Absicherung von Schlüsselprojekten 15

5. Das letzte Programmjahr in den Gebieten 15

5.1 Aufbau selbsttragender Strukturen 15

5.1.1 Prozessverlauf in Blockdiek 15

5.1.2 Prozessverlauf in Marßel 17

5.2 Absicherung der Schlüsselprojekte 18

5.2.1 Schlüsselprojekte in Blockdiek 18

5.2.2 Schlüsselprojekte in Marßel 19

6. Situation in beiden Gebieten nach Ende des Phasing Out 20

6.1 Rahmenbedingungen für Blockdiek und Marßel ab 2008 20

6.2 Einschätzungen 21

C Empfehlungen 23

7. Empfehlungen für weitere Phasing Out Prozesse 23

7.1 Klare inhaltliche Aussagen und konkrete Zeitplanung für das Phasing Out 23

7.2 Ausreichende Zeit für die Umsetzung vor Ort 23

7.3 Gute Arbeitsbedingungen für Quartiersräte 23

7.4 Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit 24

7.5 Professionelle Beratung der Quartiersräte nach Abschluss des Phasing Out 24

7.6 Dauerhaft: Kontakt- und Beratung für Quartiersräte bei der städtischen Verwaltung 25

7.7 Absicherung von Schlüsselprojekten 25

7.8 Fortlaufende Beobachtung und ergebnisoffene Diskussionen über ggf.geänderte Problemlagen in den Quartieren 25

7.9 Gebietsspezifische Prüfung ggf. bestehenden weiteren Förderbedarfes jenseits der Programme WiN/Soziale Stadt 26

8. Empfehlungen für andere Programmgebiete 26

8.1 Begrenzte Laufzeit der Programme von Beginn an kommunizieren und akzeptieren, soziale Stadtentwicklung als Daueraufgabe städtischen Handelns 27

8.2 Nachhaltigkeit der Strukturen: Aufbau selbsttragender Strukturen von Beginn an 27

8.3 Nachhaltigkeit der Projekte: Absicherung von Schlüsselprojekten durch andere Finanzierungen 27

8.4 Eindeutige Aussagen über Programmlaufzeiten und Zeitplanung für Evaluation 28

8.5 Quartiersmanagement mit unterschiedlichen Aufgaben zu Beginn und gegen Ende der Programmlaufzeit 28

9. Zusammenfassung 28

Anhang 30

Rahmenvorgaben Quartiersfonds Soziale Stadt Bremen (Entwurf, Stand: 24.07.2007) 31

Abbildungsverzeichnis 33

Tabellenverzeichnis 33

Literaturverzeichnis 34

A Einführung

1. Die Gebiete der Programme WiN und Soziale Stadt in Bremen nach 10 Jahren Programmlaufzeit

Ausgehend von der Tatsache, dass sozial benachteiligte Stadtquartiere zumindest seit der Industrialisierung Bestandteil europäischer Städte sind und der begründete These, dass sie auch auf absehbare Zeit ihr Bestandteil bleiben werden, stehen Städte dauerhaft vor den Fragen, wie, wo und in welcher Art sie gegensteuern wollen, können und müssen, um eine weitere Verschärfung zu verhindern. Art und Grad der Benachteiligung sind unterschiedlich und ebenso abhängig von räumlichen wie von gesellschaftlichen Verhältnissen. Ihre Ursachen, wie ungleiche Einkommensentwicklung, soziokulturelle Differenzierung aufgrund von Migration, Wandel der Arbeit sind dabei von den Städten oft nicht zu beeinflussen; trotzdem gehört die Bewältigung der (sozialräumlichen) Folgen wie Armutsbewältigung und Integration zu den wichtigen Handlungsfeldern der Städte.

Soziale Benachteiligung besteht dabei auf drei Ebenen, die sich gegenseitig beeinflussen: die Ebenen der materiellen, sozialen und symbolischen Lebensbedingungen.[1] Die Existenz dieser drei Ebenen macht schnell deutlich, dass Lösungen nicht allein im baulich-räumlichen zu finden sind. Die Erkenntnis, dass die bestehenden Benachteiligungen und die daraus erwachsenen Probleme und Schwierigkeiten für die Bewohner/innen der Gebiete nur mit integrierten Ansätzen, die ressortübergreifend bearbeitet werden, gelöst werden können, gehört seit langen Jahren zum Standard sozialer Stadtentwicklung, auch wenn die konkrete Umsetzung nicht an allen Stellen mit der Erkenntnis Schritt hält.

In Bremen reagieren seit 1999 das Landesprogramm „WiN – Wohnen in Nachbarschaften“ und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ auf diese Problemlagen. Beide Programme werden in 10 Gebieten gebündelt; fünf dieser Gebiete waren seit 1989 Teil des „Nachbesserungskonzeptes für Großsiedlungen“. Das ursprünglich stark investiv ausgerichtete Programm „Soziale Stadt“ wird dabei durch die eher konsumtive Ausrichtung des WiN-Programms ergänzt. Die Programme sind temporäre Interventionsprogramme und entsprechen als solche dem seit 2006 im Grundgesetz (Artikel 104b, Absatz 2) festgeschriebenen Aspekt der zeitlichen Befristung der Fördermittel.

Auf allen drei Ebenen – der materiellen, sozialen und symbolischen – ist durch die Förderprogramme viel in Bewegung geraten: Am deutlichsten zu erkennen – und am unstrittigsten – sind Erfolge auf der materiellen Ebene, sichtbar in Verbesserungen im Wohnumfeld, Gestaltung, Nutzbarkeit und Pflege öffentlicher Grün- und Freiflächen, Einrichtung neuer Angebote der sozialen Infrastruktur, Sanierungen und Modernisierungen des Wohnungsbestandes durch die Wohnungsbaugesellschaften usw.. Doch auch auf der materiellen Ebene gibt es Bereiche, in denen die Programme keinen durchschlagenden Erfolg haben, auch nicht haben können: Nach wie vor sind die Anteile an Arbeitslosen in den Gebieten hoch, alle Projekte in den Bereichen Bildung, Weiterbildung, Übergang Schule/Beruf oder Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit sind für Einzelne zwar erfolgreich, können jedoch insgesamt nicht verhindern, dass Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut weiterhin die Gebiete prägen.

Die Nachbarschaften sozial benachteiligter Quartiere sind häufig belastet durch viele Haushalte in sozial und/oder ökonomisch prekären Situationen sowie ethnische und kulturelle Unterschiede. Sie müssen besonders hohe Integrationsleistungen erbringen bei gleichzeitig eher ungünstigen individuellen Ausgangsbedingungen, woraus sich ein erhöhter Förderbedarf dieser Nachbarschaften ableitet. In Gebieten mit hoher Fluktuation und gerade in Gebieten, die für Zuwandernde erste Anlaufstellen in der Stadt sind, stellen sich diese Fragen und Probleme immer wieder neu. Verbesserungen auf der sozialen Ebene sind schwerer von außen erzielbar und weniger sichtbar als auf der baulich-räumlichen Ebene. Sie zielen auf eine Stärkung von Eigenverantwortung und Selbstwertgefühl, um die Voraussetzungen für nachbarschaftliches Miteinander schaffen zu können. Zahlreiche nachbarschaftliche Aktivitäten und ehrenamtliches Engagement, oft deutlich mehr als in „gutbürgerlichen“ Stadtteilen, sind in den Bremer Programmgebieten Indizien für Bewegungen auch auf der sozialen Ebene.

Die symbolische Ebene umfasst die Identität des Gebiets, die Identifikation der Bewohner/innen mit

[1] Vgl. IWS / proloco (2006) S. 7 und 20 ff.

ihrem Quartier und das Image des Gebiets.[2] Am Beispiel des Images wird deutlich wie empfindlich die symbolische Ebene reagiert: So können z. B. zwei Zeitungsberichte über brennende Mülltonnen oder Wohnungseinbrüche die Erfolge jahrelanger Arbeit an der Image-Verbesserung erheblich zurückwerfen. Kontinuierliche Verbesserungen auf den beiden anderen Ebenen sind die Voraussetzung für eine stabile Basis der symbolischen Ebene.

Eine wichtige Rolle sowohl für die soziale wie die symbolische Ebene spielt der Bremer Ansatz, die Entscheidungen über die Fördermittel vor Ort in den Gebieten von den Stadtteilforen im Konsensprinzip treffen zu lassen: Ohne das einstimmige Votum des Stadtteilforums wird kein Projekt von der Verwaltung bewilligt. Dieser Grundsatz hat einerseits zu einem i.d. R. sehr sorgfältigen und genauen Umgang mit den Fördergeldern geführt. Andererseits hat er auch viel beigetragen zu einem konstruktiven Miteinander der Aktiven und Akteur/innen und ihrer Vernetzung sowie zu einer stärkeren Identifikation mit dem Quartier. Neben der inhaltlichen Qualität, die dadurch erreicht werden kann, dass die Entscheidung über zu fördernde Projekte in den Quartieren (mit)getroffen wird, sind das damit verbundene Vertrauen in die Akteur/innen vor Ort und die übertragene Verantwortung von hohem symbolischen Wert.

Nach 10 Jahren Programmlaufzeit und den Ergebnissen der Programmevaluation 2004 folgend (s.u.)[3] werden zwei der Bremer Gebiete aus den Programmen WiN und Soziale Stadt entlassen. Zu diesem Zeitpunkt stellen sich die Fragen nach der Nachhaltigkeit von Projekten und Strukturen, die von Beginn an zu den Zielsetzungen der Förderprogramme gehörten, mit verschärfter Deutlichkeit:

- Sind die geschaffenen Strukturen der Mitbestimmung, des Austausches und der Vernetzung ohne die professionelle Begleitung durch ein Quartiersmanagement weiterhin tragfähig? Wo liegen Chancen und Grenzen ehrenamtlicher Tätigkeiten in der Gestaltung der „Nach-Programm-Zeit"? Welche Organisationsformen sind sinnvoll, ist professionelle Begleitung nach wie vor notwendig und sinnvoll? Wenn ja, in welchem Rahmen?
- Sind diejenigen Projekte, Angebote und Einrichtungen, die sich in der Programmlaufzeit bewährt haben und für die Sicherung der erreichten Erfolge notwendig scheinen (Schlüsselprojekte), auch ohne die Förderprogramme weiterzuführen? Welche Finanzierungs- und Organisationswege bewähren sich?

Diese Fragen werden sich mit Auslaufen der Programme in allen Fördergebieten früher oder später stellen. In den Bremer Gebieten Blockdiek und Marßel wurden sie spätestens zum Jahresende 2007 konkret, da zu diesem Zeitpunkt die Förderprogramme beendet wurden. In einem vorgeschalteten dreijährigen Phasing Out sollten die Gebiete darauf vorbereitet werden. Das letzte Programmjahr mit der Umsetzung vor Ort ist im wesentlichen Gegenstand dieser Dokumentation.

Abb. 1: Im Programmgebiet Blockdiek

Abb. 2: Im Programmgebiet Marßel

[2] Vgl. IWS / proloco (2006) S. 21

[3] Vgl. IfS/ForStaR (2004)

B Phasing Out in den Bremer Programmgebieten Blockdiek und Marßel

2. Die Bremer Programmgebiete Blockdiek und Marßel

Im Folgenden werden die beiden Programmgebiete kurz beschrieben (Lage, städtebauliche Struktur, Bevölkerungsstruktur).

Um einen Überblick über die Entwicklungen in der Programmlaufzeit geben zu können, werden drei „Stationen“ herausgegriffen: Die Schwerpunktsetzungen bei Beginn der Programmlaufzeit, eine „Zwischenbilanz“ aus dem Jahr 2002 und die Ergebnisse der Programmevaluation aus dem Jahr 2004. Abschließend wird kurz auf Einschätzungen der Programmerfolge durch lokale Akteur/innen eingegangen, mit denen im Rahmen dieser Dokumentation im Jahr 2007 verschiedene Gespräche geführt wurden.

2.1 Blockdiek

Der Bremer Großsiedlung Blockdiek im Osten der Stadt (Stadtteil Osterholz) entstand in den 1960er Jahren. Zum Ortsteil Blockdiek gehören außer der Großsiedlung kleinere Reihenhausgebiete. Das Gebiet der Programme WiN/Soziale Stadt ist mit leichten Abweichungen identisch mit dem Ortsteilgebiet.

Die Großsiedlung umfasst 13 Hochhäuser mit insgesamt 1.250 Wohneinheiten und 1.500 Wohneinheiten in 3-4geschossigen Zeilenbauten. Eigentümerin ist die Bremer Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA. Der Privatisierungsgrad wird im Jahr 2007 von der GEWOBA mit 20 % angegeben. Im gleichen Jahr gibt es zwar keine Leerstände, aber die GEWOBA beschreibt die Vermietungssituation, insbesondere in den Hochhäusern, als schwierig und sieht sich veranlasst, Mieten teilweise auf Hartz-IV-Niveau zu senken, um die Vollvermietung halten zu können.

Nordöstlich der den Ortsteil trennenden Straßenbahntrasse liegen in einer „grünen Mitte“ die Grundschule und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Gegenüber, südwestlich der Straßenbahntrasse liegt das Einkaufszentrum Blockdiek. Die Bremer Innenstadt ist mit der Straßenbahn in einer knappen halben Stunde erreichbar.

Die Bevölkerungsstruktur im Jahr 2006 im Ortsteil Blockdiek, der nahezu identisch mit dem Programmgebiet ist, ist im Vergleich zum Bremer Durchschnitt gekennzeichnet durch einen hohen Anteil Migrant/innen, der sich im Wesentlichen durch den hohen Anteil von Aussiedler/innen erklärt, der in Blockdiek mehr als dreimal so hoch ist wie im Bremer Durchschnitt. Weiter auffallend ist

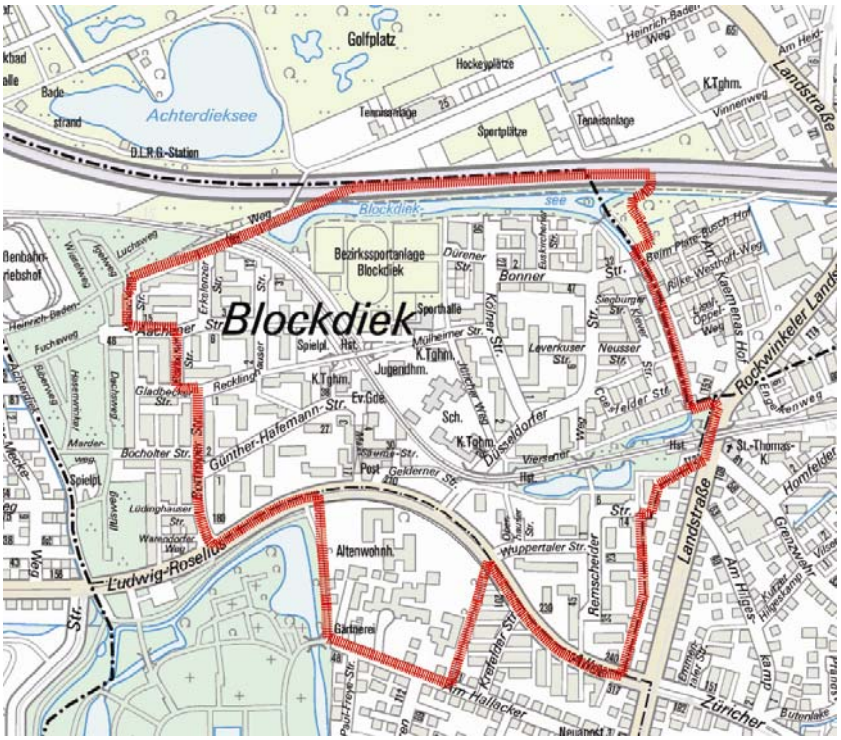

Abb. 3: Programmgebiet WiN / Soziale Stadt Blockdiek. Quelle: Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa, Bremen

der hohe Anteil an SGB-II-Empfänger/innen, der mit 24,7 % fast doppelt so hoch ist wie der Bremer Durchschnitt. Einen weiteren Hinweis auf Blockdiek als „armen Ortsteil" gibt die relativ hohe Zahl der privaten Insolvenzen, die in der Evaluation 2004 ermittelt wurde[1].

Ein Vergleich mit anderen Bremer Programmgebieten ist kaum möglich, da die Programmgebiete nicht in allen Fällen (s.u. Marßel) an Ortsteilgrenzen orientiert und teilweise innerhalb der Gebiete Schwerpunktgebiete ausgewiesen sind. Ohne kleinräumigere Daten, die z. Zt. nicht verfügbar sind, sind hier keine vergleichenden Aussagen möglich.

In der Erhebung Bremer Sozialindikatoren, einem alle zwei Jahre durchgeführten vergleichenden Ranking aller 42 Bremer Ortsteile aufgrund von 24 Indikatoren, war Blockdiek wie alle anderen Bremer Programmgebiete bei den letzten drei Erhebungen (2003, 2005 und 2007) jeweils unter den 20 Ortsteilen mit dem höchsten ermittelten Benachteiligungsindex (Platz 15 bzw. 17).[2] Im Jahr 2007 wurde parallel ein Ranking erstellt, bei dem der bisher berücksichtigte Ausländeranteil durch den Anteil der Migrant/innen ersetzt wurde. Hierdurch verschlechtert sich die Position Blockdieks im Ranking von Platz 17 auf Platz 13.

Zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Programm WiN im Jahr 1998 wurden folgende Schwerpunktsetzungen formuliert[3]:

- Verbesserung im Geschoßwohnungsbau, Umgestaltung privater und öffentlicher Frei- und Grünflächen und verkehrsbezogene Maßnahmen,
- Anpassung der sozialen Infrastruktur an veränderte Bedarfe, Schaffung von Spiel-, Sport- und Freizeitangeboten,
- Weiterentwicklung des Einkaufszentrums, Ansiedlung von Dienstleistungen in Verbindung mit der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten,
- Schaffung von Perspektiven für Langzeitarbeitslose,
- Aufbau von Beteiligungsformen, Einbeziehen der Bewohner in die Quartiersentwicklung.

Eine „Zwischenbilanz" im Jahr 2002[4] beschreibt den Ausgleich eines Großteils der (städtebaulichen) Defizite im Wohnumfeld und auch die Schaffung neuer Treffpunkte, sieht aber vor allem noch Bedarf im Bereich sozialer und kultureller Infrastruktureinrichtungen. Eine Image-Verbesserung von Blockdiek wird als zukünftiger Schwerpunkt der Arbeit angegeben.

In der Programmevaluation 2004 werden sowohl die soziale als auch die bauliche Situation in Blockdiek als „nicht (mehr) gravierend" eingestuft. Auch wird kein Bedarf mehr an neu zu schaffender Infrastruktur gesehen. Die Einschätzung lokaler Expert/innen wird zusammengefasst als „Stabilisierung des Wohnumfeldes, positiver Bezug der Bewohner zum Quartier, Konzentration sozialer Probleme in Punkthochhäusern, erhöhte Jugendkriminalität".[5]

Lokale Akteur/innen betonen im Jahr 2007 die baulich-räumlichen Erfolge der Programme, weisen aber auch auf das Problem der Nachhaltigkeit hin, z. B. in Bezug auf die Pflege von Grün- und Freiräumen. Auch die Schaffung zahlreicher Treffpunkte wird als Ergebnis der Programme benannt. Da gleichzeitig mit diesen Programmerfolgen ein weiter bestehender Bedarf für das Quartier gesehen und eher eine Verschlechterung der sozialen Situation der Bevölkerung wahrgenommen wird, wird dem Ende der Programme mit großer Skepsis entgegengesehen (s. Kapitel 5.1.1).

2006	Bevölkerung gesamt	bis 18 Jahre	über 65 Jahre	Migrant/innen	Ausländer/innen	Aussiedler/innen	SGB II	Arbeitslose
Blockdiek	7.234	18,4%	20,8%	**52,1%**	19,4%	**22,0%**	**24,7%**	24,0%
Stadt Bremen	547.934	15,6%	20,7%	26,6%	13,1%	6,7%	14,0%	17,9%

Tab. 1: Sozialstruktur im Ortsteil Blockdiek im Vergleich zur Stadt Bremen , Stand 2006. Quelle: Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2007) und Statistisches Landesamt Bremen (2007)

[1] Vgl. IfS/ForStaR (2004), S. 54 f.

[2] Vgl. Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2007) und (2005)

[3] Vgl.: Bremische Bürgerschaft (1998), S. 18

[4] Vgl.: Freie Hansestadt Bremen (Hg.) (2002), S. 15 f.

[5] Vgl.: IfS/ForStaR (2004), S. 68 und S. 55

2.2 Marßel

Das Wohngebiet Marßeler Feld im Nordwesten der Stadt, an der Stadtgrenze zu Niedersachsen, entstand in den 1960er Jahren. Es gehört zum Ortsteil Burgdamm (Stadtteil Burglesum). Das Marßeler Feld ist der östliche Teil des insgesamt wesentlich älteren Ortsteiles. Das Gebiet der Programme WiN/Soziale Stadt liegt östlich der Autobahn, etwa die Hälfte der Bevölkerung des Ortsteiles lebt im Programmgebiet.

Das Marßeler Feld umfasst viergeschossige Zeilenbauten, 4 achtgeschossige Hochhäuser sowie Reihenhäuser. Die ca. 2.100 Wohnungen sind im Eigentum der Wohnungsbaugesellschaften GEWOBA (1.200 Wohneinheiten) und Brebau. (900 Wohneinheiten). Die Vermietungssituation bezeichnen beide als deutlich besser als früher, allerdings wird eine steigende Fluktuation beobachtet. Es wird mit einem Wandel der Bewohnerstruktur gerechnet, da immer weniger Erstmieter/innen dort wohnen. Zusätzliche „Unruhe“ wird von Seiten der Wohnungswirtschaft durch ggf. anstehende Umzüge im Zusammenhang mit Mietobergrenzen nach Hartz IV befürchtet. Die Brebau will 70 Wohneinheiten privatisieren, was allerdings nur langsam umzusetzen ist. Beide Wohnungsbaugesellschaften haben in den vergangenen Jahren in Sanierung und Modernisierung ihrer Gebäudesubstanz in Marßel investiert und wollen dies fortsetzen.

Abb. 5: Im Programmgebiet Marßel

Im Gebiet liegen eine Grundschule, ein Schulzentrum, Kindergärten und die Bezirkssportanlage. An der Upsala Straße gibt es den Jugendclub ups, am Helsingborger Platz es das Nachbarschaftshaus Marßel mit Cafébetrieb. Einkaufsmöglichkeiten gibt es an der Stockholmer Straße und kleinteiliger auch am Helsingborger Platz. Die Bremer Innenstadt ist mit Bus und Bahn (ab Bahnhof Bremen Burg) in etwa 30 min zu erreichen.

Von 1990 bis 1998 war Marßel Teil des Bremer Nachbesserungsprogramms mit den Schwerpunkten Behebung städtebaulicher Defizite und Ausbau der sozialen Infrastruktur.

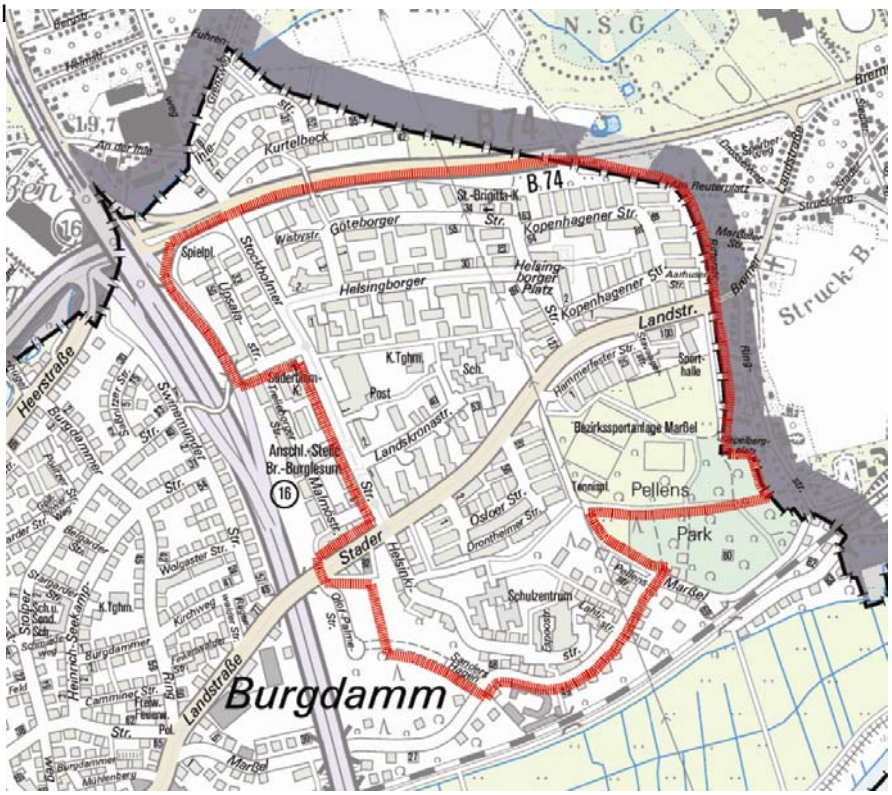

Abb. 4: Programmgebiet WiN / Soziale Stadt Marßel. Quelle: Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa, Bremen

Gesicherte Aussagen über die aktuelle Sozialstruktur in Marßel sind z. Zt. nicht möglich, da keine kleinräumigen Daten auf Baublockebene verfügbar sind und die Bevölkerungsstruktur im Ortsteil sich von der im Marßeler Feld unterscheidet. Die Ortsteilwerte von Burgdamm können also lediglich einen Anhaltswert geben und können z. B. nicht mit den Werten aus Blockdiek verglichen werden, wo das Programmgebiet fast identisch mit dem Ortsteil ist (s. o.). Vor diesem Hintergrund wird zurückgegriffen auf kleinräumige Daten aus dem Jahr 2004, da hier (vergleichend) Aussagen für das Programmgebiet Marßel und den Ortsteil Burgdamm getroffen werden können.

Das Programmgebiet Marßel war demnach im Jahr 2004 gekennzeichnet durch hohe Anteile von Migrant/innen und hier insbesondere durch den hohen Anteil von Aussiedler/innen, der viermal so hoch war wie im Bremer Durchschnitt. Dieser Anteil ist vermutlich seither eher gestiegen als gefallen, da der entsprechende Wert im Ortsteil Burgdamm von 2004 auf 2006 um 4,5 Prozentpunkte gestiegen ist. Das Programmgebiet Marßel fällt statistisch im Jahr 2004 darüber hinaus durch einen knapp doppelt so hohen Anteil an Sozialhilfeempfänger/innen wie im Bremer Durchschnitt auf. Diese Angaben können nicht direkt mit Angaben von 2006 verglichen werden, die nach den Änderungen durch Hartz IV die Empfänger/innen von SGB II berücksichtigen. Da es bei der Definition der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 2004 auf 2006 Änderungen gegeben hat, können auch diese Zahlen nicht verglichen werden.[6]

Zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Programm WiN im Jahr 1998 wurden folgende Schwerpunktsetzungen formuliert[7]:

- Stabilisierung von Aktivitäten in quartiersbezogenen Einrichtungen (u.a. Nachbarschaftshaus),
- Integrationsangebote, insbes. Förderung von Kindern und Jugendlichen,
- Förderung von Selbstorganisation und sozialen Netzwerken,
- Qualifizierungs-/ Beschäftigungsmaßnahmen,
- Einbeziehung der Bewohner/innen in die Quartiersentwicklung, Förderung nachbarschaftlicher Aktivitäten.

In der „Zwischenbilanz“ im Jahr 2002[8] wird als positiv hervorgehoben, dass in Marßel an die Erfolge der Nachbesserung angeknüpft und der Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung und Stabilisierung bestehender Einrichtungen und Angebote gelegt werden konnte.

In der Programmevaluation 2004[9] wird die bauliche und soziale Lage als nicht mehr schwerwiegend eingestuft; es wird kein weiterer Bedarf an sozialer Infrastruktur gesehen. Die Einschätzung lokaler Expert/innen wird zusammengefasst als „positive Einschätzung durch die Bewohner, insgesamt sozial stabile Lage, problematische jugendliche Aussiedlercliquen“.

Die Einschätzungen lokaler Akteur/innen im Jahr 2007 bestätigen die baulichen Verbesserungen und die Verbesserungen im Bereich niedrigschwelliger Angebote der sozialen Infrastruktur. Die Vernetzung der Akteur/innen wird als weiterer Vorteil gesehen. Insgesamt wird eine deutliche Imageverbesserung des Wohngebietes festgestellt. Kritik macht sich daran fest, dass es zu wenige nachhaltige Projekte gegeben habe und dass sich eine Übernahme erfolgreicher Projekte in eine Regelfinanzierung aus Sicht der Akteur/innen häufig als illusorisch erwies.

2004	Bevölkerung gesamt	bis 18 Jahre	über 65 Jahre	Migrant/innen	Ausländer/innen	Aussiedler/innen	Sozialhilfe	Arbeitslose
Marßel	5.733	19,7%	21,7%	**42,0%**	15,8%	**21,1%**	**15,6%**	-
OT Burgdamm	11.085	18,1%	21,7%	29,0%	11,1%	13,6%	10,7%	-
Stadt Bremen	545.716	16,0%	19,5%	22,2%	5,1%	5,1%	8,0%	-

Tab. 2: Sozialstruktur im Programmgebiet Marßel im Vergleich zum Ortsteil Burgdamm und zur Stadt Bremen, Stand 2004 Quelle: Stadtmonitoring Daten 2004, Bremen

[6] In Bremen werden jetzt auch jene Kinder berücksichtigt, die selber keinen Migrationshintergrund haben, aber mindestens einen Elternteil mit Migrationshintergrund. Die Zahlen für 2006 sind schon von daher grundsätzlich höher als diejenigen von 2004.

[7] Vgl.: Bremische Bürgerschaft (1998), S. 45

[8] Vgl.: Freie Hansestadt Bremen (Hg.) (2002), S. 40

[9] Vgl.: IfS/ForStaR (2004), S. 67 und S. 58

3. Phasing Out

3.1 Empfehlungen der Programmevaluation in Bremen (2004)

Im Jahr 2004 wurde im Rahmen der Bremer Programmevaluation[10] für die beiden Gebiete Blockdiek und Marßel ein „Phasing Out" vorgeschlagen. Hintergrund dieser Empfehlung war die Bewertung, dass die Situation sich in diesen beiden Gebieten soweit stabilisiert bzw. verbessert hätte, dass eine Beendigung der Programme empfohlen wurde. Es wurde empfohlen, die Programme nicht „auf einen Schlag" auslaufen zu lassen, sondern ein dreijähriges „Phasing Out" mit reduziertem Fördermittelansatz vorzuschalten. Die bis zu diesem Zeitpunkt aufgebauten Strukturen wurden als fragil und als noch nicht nachhaltig eingeschätzt, so dass ein schlagartiges Ende der Förderung verfrüht wäre und die Erfolge der Programmförderung gefährden würde. Mit dem Phasing Out wurden folgende Ziele angestrebt[11]:

- Beendigung der noch nicht abgeschlossenen Projekte,
- Übergang von wichtigen Projekten (Schlüsselprojekten) in eine gesicherte Finanzierung,
- Unterstützung ehrenamtlich tätiger Bewohnerinitiativen,
- Unterstützung von Beteiligungsstrukturen durch Bewohnerfonds,
- Institutionen finden, die weiterhin als Motor, Koordinator, Ansprechpartner im Gebiet tätig sind (Netzwerke lokaler Akteure, einzelne lokale Institutionen oder neu gegründete Stadtteilorganisationen).

3.2 Umsetzung der Empfehlungen für Blockdiek und Marßel

Den Empfehlungen der Evaluation folgend wurden die Gebiete Blockdiek und Marßel ab 2005 als „Phasing Out Gebiete" eingestuft. Der Mittelansatz aus dem Programm WiN wurde auf 25 % (37.500,00 Euro) pro Jahr gekürzt, der Mittelansatz aus dem Programm Soziale Stadt zwar ebenfalls auf 25 % gekürzt jedoch mit der Option, Sonderprojekte auch mit erhöhtem Finanzbedarf durchführen zu können. Die seit 2004 für die Gebiete zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Programm LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) wurden nicht gekürzt, sondern teilweise zur Kompensation wegfallender Förderung aus den beiden anderen Programmen genutzt.

Abbildung 6 und Abbildung 7 stellen die verfügbaren Fördermittel pro Gebiet dar. Aufgrund von Umschichtungen zwischen den Bremer WiN-Gebieten und der Übertragbarkeit der Mittel in das folgende Kalenderjahr lassen sich „Jahresbudgets" nicht eindeutig benennen. Außerdem ist weniger ein abstraktes Jahresbudget interessant als vielmehr, inwieweit die Mittelreduzierung des Phasing Out vor Ort zu spürbaren Veränderungen führte oder ausgeglichen werden konnte. Vor diesem Hintergrund werden die Fördersummen für die im jeweiligen Jahr laufenden Projekte angeführt (jeweils gleichmäßige Verteilung der Fördersumme auf die Projektmonate). Die beiden Abbildungen machen deutlich, dass im Ergebnis die Mittelkürzung vor Ort in den Gebieten kaum spürbar war, allerdings gab es eine Umschichtung zwischen den Programmen. Neben der Kompensation durch LOS-Mittel kamen im Jahr 2006 auch „Nachschläge" der Bundesmittel des Programmes Soziale Stadt zum Tragen.

Wegen der schon genannten Möglichkeit der Mittelübertragung gibt es auch in 2008 noch Projektmittel in den Gebieten, obwohl die Programme ausgelaufen sind (s. auch Kapitel 5.2).

In 2005 wurde mit einer Konzeptentwicklung für „Selbsttragende Strukturen" begonnen. Die Konzeptentwicklung durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) und die Konzeptumsetzung wurden begleitet vom AK SELTRA (Vertreter/innen des Bauressorts und des Sozialressorts, die Quartiersmanager/innen der beiden Gebiete).

Seit Anfang 2007 wurde dieses Konzept vor Ort in den Gebieten Blockdiek und Marßel umgesetzt. Die erste Phase der Umsetzung wurde von der Freiwilligenagentur Bremen unterstützt.

[10] Vgl.: IfS/ForStaR (2004)

[11] Vgl.: IfS/ForStaR (2004), S. 73 f.

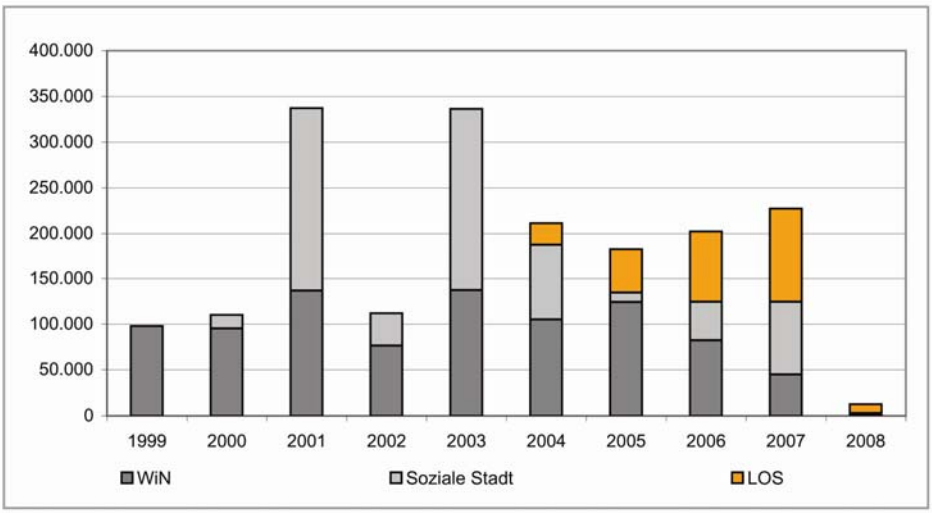

Abb. 6: Blockdiek: Fördermittel 1999 - 2008 nach Projektmonaten

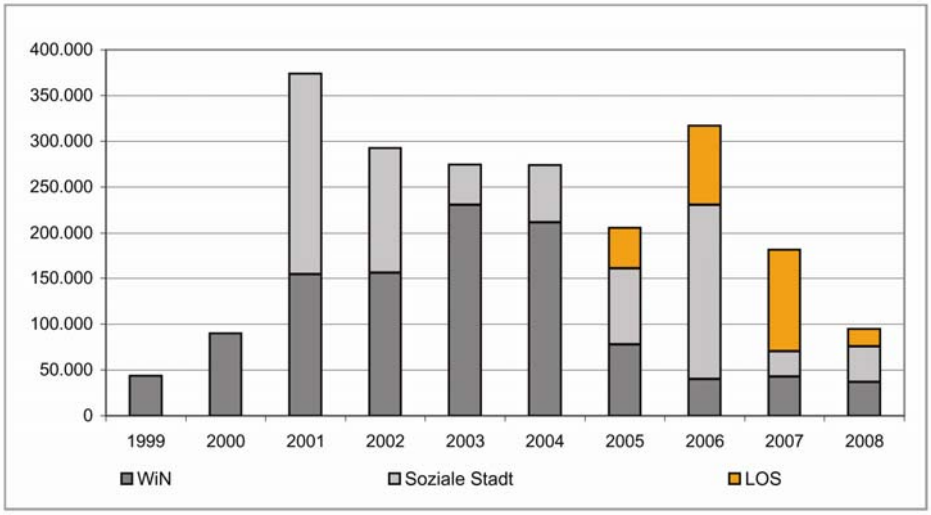

Abb. 7: Marßel: Fördermittel 1999 - 2008 nach Projektmonaten

4. „Selbst tragende Strukturen" – das Bremer Konzept „SELTRA"

Im Folgenden wird auf die einzelnen Bausteine des Konzeptes „SELTRA" eingegangen. Anschließend wird der Prozessverlauf mit den verschiedenen Beteiligten in der einjährigen Umsetzungsphase vor Ort kurz geschildert. Insgesamt wird mit dem Konzept SELTRA der Ansatz fortgeschrieben, der von Beginn an Grundlage der Strukturen war: Entscheidungen werden vor Ort im Konsensprinzip von einem breiten Kreis von lokalen Akteur/innen und Bewohner/innen getroffen. Demzufolge gibt es keine gewählten Gremien und Gremienvertreter/innen.

Das Bremer Konzept „SELTRA" besteht im Grundgerüst aus vier Bausteinen (vgl. Abb. 8): Förderung von Freiwilligenarbeit, Stärkung von Akteursnetzwerken, Einrichtung von Quartiersrats und Quartiersfonds und Absicherung von Schlüsselprojekten.

Der Prozess wurde begleitet durch den seit 2005 bestehenden Arbeitskreis SELTRA, in dem von der WiN-Geschäftsführung und den beiden Quartiersmanager/innen die Entwicklung geplant, rückgekoppelt und diskutiert wurde. Bis Frühsommer fanden die Treffen für beide Gebiete gemeinsam statt, danach aufgrund unterschiedlicher Prozessentwicklungen (s. u. Kapitel 5.1) für jedes Gebiet getrennt.

4.1 Förderung von Freiwilligenarbeit

Mit Auslaufen der Programme entfällt auch das Quartiersmanagement mit seinem bisherigen Tätigkeitsfeld. Für den Aufbau und zur Absicherung selbst tragender Strukturen ist schon von daher eine Förderung von Freiwilligenarbeit erforderlich.

Abb. 8: Bausteine des Konzeptes SELTRA

Es geht hierbei nicht um einen „Ersatz" des Quartiersmanagements, der von Freiwilligen zum einen nicht zu leisten ist und zum anderen nach Auslaufen der Programme auch inhaltlich nicht ansteht. Die Vorstellung darüber, wie viele und welche Tätigkeiten von Freiwilligen übernommen werden können, veränderte sich schon in der Konzeptionsphase deutlich. Ausgehend von einem eher breiten Ansatz mit dem Ziel, Freiwillige für sehr unterschiedliche Tätigkeiten im Quartier gewinnen zu können, konzentrierte sich die Zielsetzung im Verlauf der Diskussionen stärker: Im Ergebnis standen im Rahmen von SELTRA bei der Freiwilligenarbeit die organisatorisch notwendigen Aufgaben zum Aufbau und Erhalt selbst tragender Strukturen im Mittelpunkt. Dies sind im Kern die Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Quartiersforen und die Verwaltung des Quartiersfonds (s.u.). Inwieweit sich aus solchen Strukturen heraus weitere Freiwillige für andere Tätigkeiten finden lassen, werden die laufenden Prozesse in den Gebieten ab dem Jahr 2008 zeigen.

Die Recherche nach Freiwilligen wurde am Anfang des Jahres 2007 mit Unterstützung der Freiwilligenagentur aufgenommen. Es erwies sich als schwierig, im ersten Schritt Freiwillige zu gewinnen, die nicht schon zum Kreis der im Quartier Aktiven gehören. Die Zeit der Unterstützung durch die Freiwilligenagentur fiel in die Phase der ersten Findung der Quartiersräte (s.u.), in der teilweise andere Themen im Vordergrund standen, so dass die Qualifikation der Freiwilligenagentur nicht wie gewünscht ausgeschöpft werden konnte (s. u. Prozessablauf in den Gebieten). Die Freiwilligenrecherche wird (nicht nur) vor diesem Hintergrund die weitere Arbeit in den Quartieren begleiten müssen, um Kontinuität und eine ausreichend breite Basis für die anstehenden Tätigkeiten sicherstellen zu können.

Für diejenigen, die bereit waren, sich zu engagieren, wurde die Möglichkeit angeboten, in verschiedenen Bereichen Schulungen wahrzunehmen. Hierbei wurden aus den Gebieten verschiedene Bedarfe gemeldet, die über die Art der Schulung entschieden (u.a. die Bereiche Fundraising und Freiwilligenkoordination, aber auch PC-Kenntnisse, Buchführung, Büroorganisation). Die Bedarfe konnten erst nach der Findungsphase formuliert werden, so dass die Schulungen zum überwiegenden Teil letztendlich ab Ende 2007/Anfang 2008 stattfanden.

4.2 Stärkung von Akteursnetzwerken

Eine wichtige Voraussetzung selbst tragender Strukturen sind funktions- und tragfähige Akteursnetzwerke. Der Schwerpunkt im Rahmen des Konzeptes SELTRA wurde auf die Vernetzung der Bewohner/innen gelegt, da zwischen den Institutionen vor Ort zumindest themenbezogene Vernetzungsstrukturen vorhanden sind (thematische Arbeitskreise usw.). Hauptzielrichtung war es, den Bewohner/innen als Akteur eine Rolle und eine Stimme bieten zu können (s.u. Quartiersräte). Im Nachhinein – und mit Blick auf ggf. weitere ähnliche Prozesse (vgl. auch Kapitel 7) – stellt sich die Frage, ob nicht auch die Vernetzung der Institutionen in Bezug auf Quartiersbelange der stärkeren Förderung und Unterstützung bedarf.

Erster Schritt im Baustein Stärkung von Akteursnetzwerken (der auch der Förderung von Freiwilligenarbeit dienen sollte) sollte eine Einladung der Quartiersmanager/in an Interessierte zur Bildung

einer „Steuerungsgruppe“ sein (vgl. Abb. 9). In dieser Steuerungsgruppe sollte in Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur das weitere Vorgehen zur Schaffung selbst tragender Strukturen erarbeitet und abgestimmt werden. Die beiden geplanten öffentlichen Veranstaltungen (Start I und Start II) sollten vorbereitet werden.

Bei der Start I Veranstaltung sollten die Möglichkeiten von Freiwilligenarbeit im Quartier mit der Freiwilligenagentur diskutiert werden, erste Interessierte für die Mitarbeit sollten gefunden werden. Auf der Start II Veranstaltung sollte mit Beteiligung eines/r Senators/in (Bauressort und Sozialressort) das Konzept SELTRA insgesamt vorgestellt werden.

Aus den Interessierten sollte dann der Quartiersrat gegründet werden, der als Gruppe bis zum Jahresende durch die Quartiersmanager/in beraten und begleitet werden sollte. Die Geschäftsführung im Quartiersrat sollte zu Beginn bei dem/r Quartiersmanager/in liegen und dann im Herbst 2007 an die Gruppe selber übergehen. Im Herbst sollte das erste Quartiersforum unter Leitung des Quartiersrates (mit Beratung durch den/die Quartiersmanager/in) stattfinden. Ab 2008 wird der Quartiersrat dann allein zuständig sein für die Quartiersforen und die Verwaltung des Quartiersfonds.

4.3 Einrichtung von Quartiersrat und Quartiersfonds

In jedem Gebiet wurde ein Quartiersrat gegründet, in dem die freiwillig Engagierten für Quartiersforum und -fonds zusammenarbeiten und die notwendigen Arbeitsschritte koordinieren können. Der Quartiersrat ist offen für Mitarbeit von allen Personen aus dem Stadtteil. Zu den Kernaufgaben gehören die Organisation und Durchführung der Quartiersforen. Wie während der Programmlaufzeiten werden hier die Entscheidungen über die Verwendung des Quartiersfonds im Konsensprinzip getroffen. Der Quartiersrat berät die Antragstellenden und übernimmt die Verwaltung der Gelder des Quartiersfonds. Er entscheidet jedoch nicht über die Verwendung, da es sich nicht um ein gewähltes Gremium handelt sondern um einen Zusammenschluss von Freiwilligen. So werden in den Gebieten die langjährigen und positiven Erfahrungen mit Konsensentscheidungen in den Foren fortgesetzt. Beide Gebiete erhalten nach

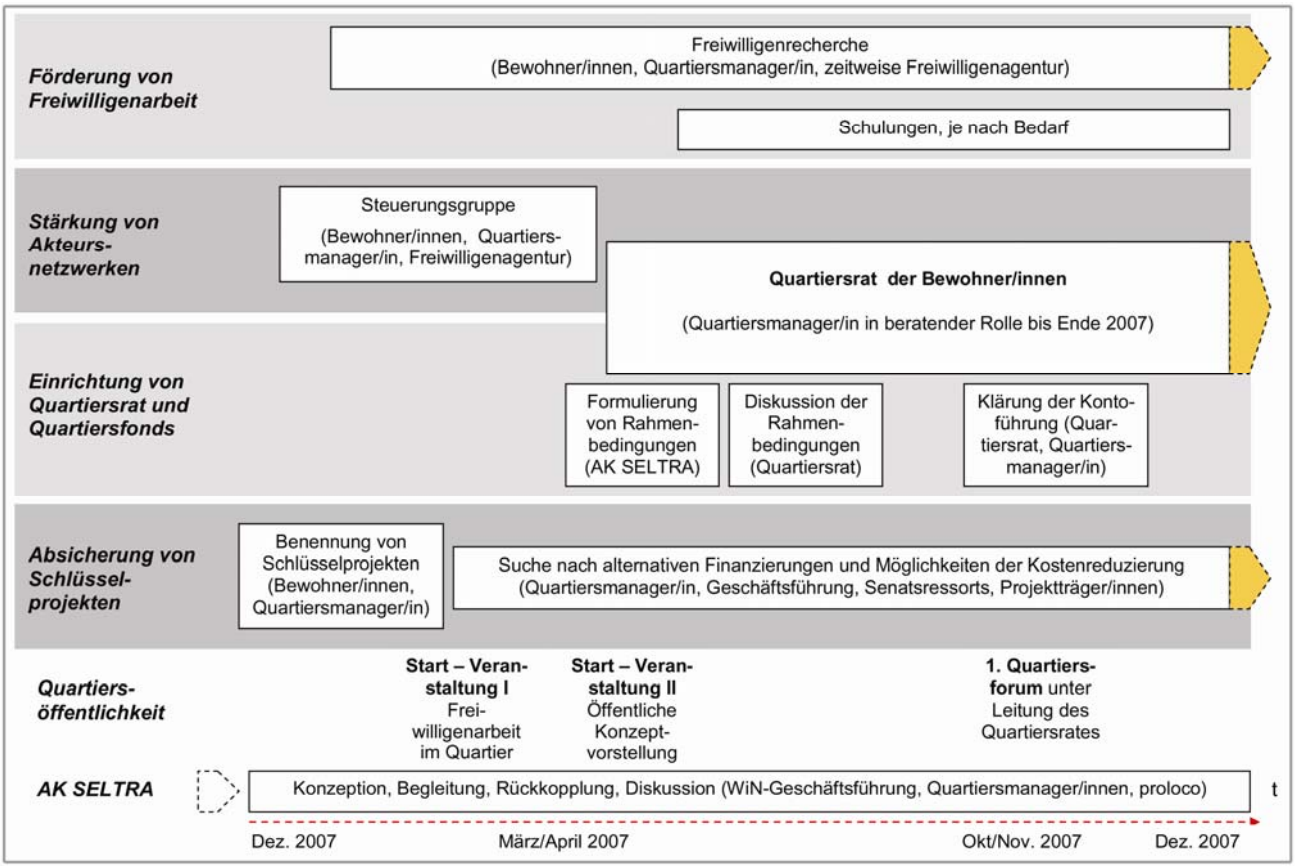

Abb. 9: Prozessverlauf SELTRA

Auslaufen der Förderprogramme 10.000,00 Euro pro Jahr für die Finanzierung von kleinteiligen, von Bewohner/innen getragenen Projekten. Die Entscheidung über und die Verwaltung der Mittel liegt in den Gebieten (Quartiersforum und Quartiersrat). Die Mittel werden für die Jahre 2008 – 2010 zur Verfügung gestellt. Antragsberechtigt sind Bewohner/innen der Quartiere. Dieser Quartiersfonds knüpft an den bisherigen „Bewohnerfonds" an, allerdings mit aufgestockten Mitteln. Neben der tatsächlichen finanziellen Unterstützung bzw. Ermöglichung bewohnergetragener Projekte ist der Quartiersfonds als Anreiz und Anlass gedacht, die Quartiersforen zu besuchen und sich zu beteiligen und dient von daher in mehrerer Hinsicht der Stärkung der Akteursnetzwerke. Sowenig, wie die Quartiersräte das Quartiersmanagement ersetzen, ersetzt der Quartiersfonds die bisherigen Fördermittel. Das deutlich geringere Volumen schränkt die Art der Projekte und den Kreis der Berechtigten ein. Die Mittel sind nicht dafür gedacht, Angebote und Einrichtungen aufrecht zu erhalten, dafür ist das Volumen auch zu gering.

Die Mittel des Quartiersfonds werden an eine Institution im Gebiet überwiesen (gemeinnütziger Verein oder öffentliche Einrichtung), die Verwaltung und Abrechnung übernimmt der Quartiersrat. Im AK SELTRA wurden für die Verwaltung des Quartiersfonds Rahmenbedingungen entwickelt (Entscheidungsfindung im Quartiersforum, Kreis der Antragsberechtigen, Vergabekriterien, Förderhöchstbeträge für einzelne Projekte, förderfähige Projekte, Verwaltung des Quartiersfonds und Nachweis der Mittelverwendung, s. Anhang). Diese Rahmenbedingungen wurden in den Quartiersräten diskutiert, Anregungen entsprechend aufgenommen. Außerdem wurde vor Ort geklärt, welche Institution als „Gastgeberin" die Gelder des Quartiersfonds entgegennehmen und auszahlen kann. Infrage kamen gemeinnützige Vereine und öffentliche Einrichtungen, um einen formalen Ansprechpartner für die Verwaltung sicherstellen zu können, der über die Laufzeit des Quartiersfonds nach Möglichkeit gleich bleibt und die ehrenamtlichen Mitglieder des Quartiersrates von der Haftung zu entlasten.

4.4 Absicherung von Schlüsselprojekten

Im Lauf der Programmjahre wurden Projekte, Angebote und Einrichtungen deutlich, die für die Gebiete von besonderer Bedeutung sind. Der Erhalt dieser „Schlüsselprojekte" auch über das Ende der Programmlaufzeiten hinaus ist eine der wichtigen Zielsetzungen des Phasing Out. Für die Identifikation von Schlüsselprojekten wurden im AK SELTRA Kriterien formuliert (Kommunikation stärken, Sauberkeit im Quartier sichern, Konflikte schlichten), wobei die Definition, was ein Schlüsselprojekt ist, zukünftig noch konkretisiert werden kann. Die konkreten Projekte werden aus den Quartieren heraus benannt, die Klärung der finanziellen Absicherung erfolgt in Kooperation von Verwaltung, Quartiersmanager/innen und Projektträger/innen. Nach Benennung von Schlüsselprojekten aus den Gebieten wurde nach alternativen Finanzierungen und Möglichkeiten der Kostenreduzierungen gesucht (zu den Erfolgen, Grenzen und Schwierigkeiten im Einzelnen: s. Kapitel 5.2). Da die Übernahme in eine Regelfinanzierung häufig nicht aussichtsreich war, waren hierfür Zeit, Energie, Frustrationstoleranz und Kreativität gefragt, um Finanzierungsquellen jenseits der Ressortmittel (Bau und Soziales) zu erschließen und um Sponsoring zu werben. Es stellte sich heraus, dass die Absicherung der Schlüsselprojekte nicht mit Ende des Phasing Out beendet ist, sondern fortgesetzt werden muss, da häufig temporäre Absicherungen gelangen (teilweise noch aus Mitteln der für die Gebiete auslaufenden Programme WiN, Soziale Stadt, LOS), jedoch keine dauerhaften Lösungen gefunden wurden.

5. Das letzte Programmjahr in den Gebieten

Im Ergebnis ist die Situation in den beiden Gebieten nach Abschluss des Phasing Out ähnlich: Die Quartiersräte sind gegründet, die ersten Quartiersforen unter ihrer Leitung haben stattgefunden, die praktischen Fragen (Arbeitsort, Büroausstattung usw.) sind geklärt. Für die meisten Schlüsselprojekte haben sich zumindest für das Jahr 2008 Lösungen finden lassen. Da der Prozess in beiden Gebieten teilweise unterschiedlich verlief und die Schlüsselprojekte sich unterscheiden, wird im Folgenden kurz auf die gebietsspezifischen Entwicklungen eingegangen.

5.1 Aufbau selbsttragender Strukturen

5.1.1 Prozessverlauf in Blockdiek

Die Diskussionen über ein Beenden der Förderprogramme für Blockdiek laufen bereits seit dem Jahr 2002. In den ersten drei Programmjahren (1999 – 2002) konnten im baulich-räumlichen Bereich viele

Verbesserungen erreicht werden; vor diesem Hintergrund wurde das Quartiersmanagement zusätzlich mit einer „Verstetigung der Bewohner-Eigeninitiative“ beauftragt.[12] Durch die wiederholten Diskussionen um ein Auslaufen der Förderprogramme sind die Akteur/innen in Blockdiek protest- und auch erfolgsgewohnt, da in den letzten Jahren Proteste und Forderungen mit zu einer Verlängerung der Förderprogramme beitrugen. Vor dem Hintergrund, dass die gefühlte Situation den Menschen vor Ort nicht die Sicherheit gab, das Quartier ohne Fördermittel und ohne Quartiersmanagement „alleine“ stabil halten zu können, fiel es den Beteiligten schwer, ein Auslaufen der Programme zu akzeptieren. Man befürchtet, mit den in Aussicht gestellten 10.000,00 Euro pro Jahr die erzielten Erfolge nicht dauerhaft halten zu können. Darüber hinaus wird argumentiert, die soziale Situation habe sich insbesondere seit 2005 wieder deutlich verschlechtert. Aus der rein statistischen Betrachtung (s.o.) ergibt sich für diesen Zeitraum keine nennenswerte Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Übereinstimmung besteht in der Einschätzung der Akteur/innen und dem zur Verfügung stehenden Zahlenmaterial über die Bevölkerungsstruktur, dass in Blockdiek nach wie vor viele einkommensarme Menschen leben.

Außerdem bestand gerade von Seiten derjenigen, die teilweise seit langen Jahren für das Quartier ehrenamtlich und/oder professionell engagiert sind, große Skepsis daran, dass sich weitere Freiwillige finden lassen. Diese Skepsis der Aktiven und Akteur/innen vor Ort sowie der Quartiersmanagerin führten insbesondere in den ersten Monaten des Jahres 2007 dazu, dass bei allen Treffen, Gesprächsrunden und Veranstaltungen die politische Auseinandersetzung um das Auslaufen der Programme im Vordergrund stand. Zu diesem Zeitpunkt konnte man sich in Blockdiek nicht auf Angebote der Verwaltung für die Gestaltung der Strukturen nach Ende der Förderprogramme, also auch nicht auf das Engagement der Freiwilligenagentur im ersten Vierteljahr 2007, einlassen. Folgerichtig fand sich auf der nur gering besuchten Start I Veranstaltung nur eine Freiwillige. Im AK SELTRA wurde daraufhin beschlossen, den Prozess SELTRA für Blockdiek auszusetzen und den Aktiven und Akteur/innen Zeit zu geben, eigene Antworten auf die Frage zu finden, wie es in Blockdiek 2008 weitergehen sollte. Die geplante Start II Veranstaltung fand nicht statt. Die Diskussion auf

Abb. 10: Arbeitstreffen des Quartiersrates Blockdiek

politischer Ebene wurde auf einer Beiratssitzung mit Beteiligung des Staatsrates des Sozialressorts fortgesetzt. Die Anwesenden blieben bei ihrem Protest gegen das Beenden der Förderprogramme, vom Staatsrat wurde dieses Beenden bestätigt mit der Zusage, das Gebiet weiterhin zu beobachten und im Herbst 2007 die aktuelle Datenlage zur Bevölkerungsstruktur erneut zu prüfen.

Im Mai 2007 gründete sich auf Initiative der Quartiersmanagerin dann ein Quartiersrat mit sechs Mitgliedern, der sich in den Folgemonaten mit den anstehenden Aufgaben zur Organisation der Quartiersforen und zur Verwaltung des Quartiersfonds auseinandersetzte. Im Herbst fand das erste Forum unter Leitung des Quartiersrates statt. Ab Januar 2008 wird eine regelmäßige Sprechstunde von Mitgliedern des Quartiersrates in den Räumen des Mütterzentrums angeboten.

Mit der Gründung des Quartiersrates, der sich um die Organisation der Quartiersforen und die Verwaltung des Quartiersfonds kümmert und als Gruppe bisher den anstehenden Aufgaben (Gruppenfindung, Organisation des Quartiersforums) gewachsen gewesen ist, sind wichtige Ziele des SELTRA-Prozesses dank des Engagements der Beteiligten erreicht worden.

Offen geblieben ist jedoch bisher die Recherche nach „neuen“ Freiwilligen: Der Kreis derer, die sich bisher für den Quartiersrat engagieren, besteht aus Menschen, die sich auch vorher in verschiedenen Strukturen für die Belange des Quartiers aktiv eingesetzt haben. Im Verlauf des Jahres 2007 ist es nicht gelungen, diesen Kreis nennenswert zu erweitern. Es bleibt abzuwarten, ob dies in der Phase der konkreten Arbeit des Quartiersrates ggf. leichter möglich sein wird, wenn deutlicher wird,

[12] Vgl. team2 (2003) und team2 (2004)

welche Aufgaben über diejenigen hinaus, die z. Zt. von den Engagierten geleistet werden, anstehen.

Und obwohl die Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur im Frühjahr 2007 gescheitert ist, sollte die Idee, sich hierfür Unterstützung von außen zu holen, weiter verfolgt werden, um alle Chancen ausnutzen zu können. Die Möglichkeiten, Schulungen in Anspruch zu nehmen ist finanziell abgesichert. Eine konkrete Inanspruchnahme durch die Beteiligten steht Anfang 2008 noch aus. Der für den Beginn von Schulungen ursprünglich ins Auge gefasste Zeitpunkt ab Sommer 2007 war offensichtlich zu früh. Erst im Verlauf der ersten Treffen und Überlegungen im Quartiersrat konnte deutlich werden, wer welche Schulungen besuchen möchte, um für dieanstehenden Aufgaben sinnvolle Unterstützung zu bekommen. In Blockdiek lief parallel zum Prozess SELTRA eine Förderung in Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk Selbsthilfe", um die verschiedenen relativ neuen Einrichtungen und Vereine in ihrer Organisationsstruktur zu unterstützen.

Im Januar 2008 zeigte eine öffentliche Diskussion im Rahmen einer Beiratssitzung über die aktuelle Datenlage, dass weiterhin keine Einigung über die soziale Situation im Gebiet und das Auslaufen der Förderprogramme erzielt werden kann. Das Einlassen auf die SELTRA-Strukturen ist nicht Ausdruck des Akzeptierens des Auslaufens der Förderprogramme, sondern des Zieles, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Verwaltung des Quartiersfonds zu schaffen und durch die aufgebauten Strukturen im Quartier für Austausch und Vernetzung zu sorgen.

5.1.2 Prozessverlauf in Marßel

In Marßel entsprach der Prozessverlauf im Wesentlichen dem im Rahmen von SELTRA geplanten Ablauf. Hierbei bestanden inhaltlich ähnliche Vorbehalte und Kritik gegenüber dem Auslaufen der Programme wie in Blockdiek, da auch in Marßel die Aktiven und Akteur/innen vor Ort die soziale Lage im Quartier zwar für stabiler aber nach wie vor für unterstützungsbedürftig hielten. Die Diskussionen darüber wurden deutlich nüchterner geführt als in Blockdiek. Zum einen wurde die Lage etwas weniger dramatisch eingeschätzt, zum anderen oder ggf. deswegen gab es eher die Bereitschaft, die geänderten Rahmenbedingungen zu akzeptieren. Über die Steuerungsgruppen, die Start I und Start II Veranstaltungen fand sich ein Kreis von 6-8 Personen zusammen, die z. Zt. den Quartiersrat bilden. Die Aufgaben der Organisation von Quartiersforen (ab Herbst fanden sie unter Leitung des Quartiersrates statt) und der Verwaltung des Quartiersfonds werden vom Quartiersrat übernommen. Einer erfolgreichen Fortführung dieser Aufgaben ab 2008 steht offensichtlich nichts im Wege. Auch die Einrichtung einer regelmäßigen Sprechstunde ist geplant, bedarf aber noch der Konkretisierung.

Diese Gründungsphase wurde von der Freiwilligenagentur begleitet. Trotz der konstruktiveren Grundhaltung zeigte sich auch hier, dass es für das Gewinnen von „neuen" Freiwilligen offensichtlich nicht der richtige Zeitpunkt war. Die Beteiligten waren mit der Positionsbestimmung als Gruppe und als Einzelne in der Gruppe ausgelastet, zumal sie sich alle auch in anderen Zusammenhängen für das Quartier engagieren. Die auch hier mit Skepsis betrachtete Aufgabe, neue Freiwillige „einzuwerben" stand dahinter zurück. Eine zeitweilig geplante Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen aus dem Seniorenbüro Bremen, das Anfang 2007 eine Dependance in Bremen-Nord eröffnete, hat sich bisher nicht realisiert. Im Ergebnis ist die Situation ähnlich wie in Blockdiek, dass der Kreis der für den Quartiersrat Aktiven aus Menschen besteht, die auch bisher in den Zusammenhängen WiN/Soziale Stadt bereits engagiert waren. Auch in Marßel wird demnach die Suche nach weiteren Freiwilligen, ggf. mit Unterstützung von außen, im Jahr 2008 ein zentrales Thema bleiben. Hierbei wird es um Aufgaben und Engagement gehen, das über die Verwaltung des Quartiersfonds und die Organisation der Foren hinausgeht, die von den bisher Engagierten im Quartiersrat abgedeckt werden. Ein Ansatzpunkt hierfür kann in Marßel die seit Herbst 2007 erscheinende Zeitung „Wir in Marßel" werden, ein Projekt, in das Ehrenamtliche mit sehr unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten eingebunden werden könnten.

Abb. 11: Arbeitstreffen des Quartiersrates Marßel

Wie die Suche nach Freiwilligen war auch die Aufnahme von Schulungen zum eigentlich geplanten Zeitpunkt ab Sommer 2007 offenbar zu früh. Die ersten Schulungen wurden Ende 2007 angetreten.

In der Gründungsphase des Quartiersrates gab es Überlegungen, die aufzubauenden Strukturen für weitergehende Diskussionen über Gegenwart und Zukunft des Gebietes zu nutzen. Diese Überlegungen wurden zugunsten der anstehenden Aufgaben auf der praktischen Ebene (Quartiersrat, Quartiersfonds, Quartiersforen) zurückgestellt. Es wird sich im Verlauf der nächsten Monate zeigen, ob diese Ideen wieder aufgegriffen werden, wenn die praktischen Aufgaben mit mehr Routine betrieben werden können und „Luft" für anderes, weitergehenderes bleibt.

5.2 Absicherung der Schlüsselprojekte

5.2.1 Schlüsselprojekte in Blockdiek

In Blockdiek wurden Ende 2006 von der Quartiersmanagerin in Abstimmung mit Aktiven aus Blockdiek acht Projekte als Schlüsselprojekte benannt (vgl. Tabelle 3). Sechs Schlüsselprojekte befassen sich mit der Absicherung des Betriebes von Treffpunkten, die i. d. R. während der Programmlaufzeit und mit finanzieller Unterstützung der Förderprogramme eingerichtet wurden. In allen Fällen geht es dabei um die Absicherung der laufenden Kosten des Betriebes (im wesentlichen Mietkosten, Mietnebenkosten, Personalkosten), nicht um die Finanzierung einzelner Angebote in diesen Einrichtungen.

Bei zwei Einrichtungen ist die Finanzierung des laufenden Betriebes auch bisher unabhängig von den Programmen WiN/Soziale Stadt gelungen. Durch das Auslaufen der Programme gibt es demnach bei diesen Projekten keine Veränderung der Finanzierung, unabhängig davon, wie stabil und langfristig die bestehende Finanzierung ist. Der Familientreff wird über feste Stellen der Kooperationspartner/innen sowie ehrenamtliche Arbeit betrieben, die Nebenkosten trägt die Schule, in deren Räumen der Familientreff angesiedelt ist. Der Nachbarschaftstreff ist ein Modellprojekt der Bremer Heimstiftung.

Für den Aussiedler-Freizeittreff werden die Räume mietfrei vom Eigentümer, dem Betreiber des örtlichen Einkaufszentrums gestellt. Die Nebenkosten müssen auch weiterhin über Projektfinanzierungen gedeckt werden. Für die über lange Zeit hinweg ehrenamtlich tätige Sozialpädagogin konnte eine Finanzierung für 3 Jahre über BAMF-Förderung erreicht werden, die außerdem Mittel für Honorarkräfte umfasst (Mittelzusage zunächst für 1,5 Jahre).

Schlüsselprojekte Blockdiek	Bau-ressort	Sozial-ressort	andere Ressorts	Private
1. Familientreff	Finanzierung des Betriebes unabhängig von WiN/soziale Stadt			
2. Aussiedler-Freizeittreff		gesichert	zusätzl. über Kultur?	Eigentümer Einkaufs-zentrum (mietfrei)
3. Mütterzentrum	Förderung des Umbaus	gesichert		GEWOBA (mietfrei da Bauförderung)
4. Computertreff, Angebote tw. ungesichert		gesichert	Arbeit?	
5. Bewohnertreff: a) Café-Betrieb			gesichert (Arbeit)	
b) weitere Angebote			Arbeit?	gesichert (Betreiberin, Ehren-amtliche)
6. Nachbarschaftstreff	Finanzierung des Betriebes unabhängig von WiN/soziale Stadt			
7. Quartiersservice	gesichert			
8. Schlichten in Nachbarschaften			Inneres / Justiz	

ungesichert

Sicherung muss (jährlich) erneuert werden (übliches Vorgehen im Selbsthilfefonds des Sozialressorts)

Tab. 3: Schlüsselprojekte in Blockdiek, Stand: Dezember 2007

Für das Mütterzentrum, das seinen Betrieb im Jahr 2007 aufgenommen hat, werden die Räume von der GEWOBA mietfrei überlassen, nachdem der Umbau aus Fördermittel finanziert wurde. Die Mietnebenkosten sind aus jährlich zu beantragenden Mitteln des Sozialressorts gedeckt (Selbsthilfeförderung für Frauen). Noch ungedeckt sind laufende Kosten von ca. 1.680,00 Euro/Jahr (Versicherungen). Es gibt im Quartiersrat Überlegungen, einen Teil davon als Kostenbeitrag für die Überlassung der Räume für den Quartiersrat aus Mitteln des Quartiersfonds zu finanzieren. Die Personalkosten für den Betrieb können wahrscheinlich durch einen ESF-Antrag (gemeinsam mit dem Mütterzentrum Vahr) ab 01.04.2008 für drei Jahre gedeckt werden, wenn der Eigenanteil, der für die Förderung notwendig ist, geregelt werden kann.

Die Räume des Bewohnertreffs werden von der GEWOBA mietfrei zu Verfügung gestellt. Das Café im Bewohnertreff wird von der Fraueninitiative Quirl betrieben, die die Mietnebenkosten finanziert. Bisher ist es nur in Ansätzen gelungen, den Bewohnertreff über den Café-Betrieb hinaus zu einem Treffpunkt im Quartier zu entwickeln. Im Rahmen des Blockdieker Antrages bei dem Programm „Bremen produktiv und integrativ“ ist hierfür eine Stelle beantragt worden; eine Entscheidung über den Antrag steht noch aus.

Für den Computertreff sind die Raumkosten und die Personalkosten für den Betrieb über den Jugendtreff abgedeckt. Die Anleitung erfolgt z.T. durch Jugendliche, die im Computertreff geschult wurden. Der Träger sucht nach kleinteiligen Finanzierungen für die verbleibenden Anleiterkosten (ca. 5.000,00 Euro/Jahr) und Kosten für die PC-Wartung und Reparatur (ca. 1.000,00 Euro/Jahr). Eine dauerhafte Absicherung steht hier noch aus.

Ein weiteres Projekt – Quartiersservice - kümmert sich um Sauberkeit und Pflege öffentlicher Grün- und Verkehrsflächen. Durch das Bauressort (Leitstelle Saubere Stadt) wird die Finanzierung gesichert.

Auch nach Ablauf des Phasing Out ist das Schüsselprojekt „Schlichten in Nachbarschaften“ nach wie vor ungesichert. Eine Regelfinanzierung über die Ressorts Inneres und/oder Justiz soll geprüft werden. Dies ist in Bremen allerdings schon seit Jahren ein schwieriges Thema, eine Lösung zeichnet sich bislang nicht ab.

Insgesamt wird deutlich, dass es in Blockdiek einerseits gelungen ist, zahlreiche Schlüsselprojekte abzusichern – bis auf das Projekt Schlichten in Nachbarschaften. Andererseits zeigt die genauere Auseinandersetzung mit den einzelnen Projekten den Patchwork-Charakter der Finanzierungen und die Bedeutung anderer, ebenfalls temporärer Förderprogramme für die Projektfinanzierung. Außerdem wird die Bedeutung der Einbindung lokaler Akteur/innen (Wohnungsbaugesellschaft, Eigentümer des Einkaufszentrums) deutlich.

5.2.2 Schlüsselprojekte in Marßel

In Marßel wurden vom Quartiersmanager in Abstimmung mit dem Stadtteilforum fünf Projekte als Schlüsselprojekte benannt (vgl. Tabelle 4). Mit dem Nachbarschaftshaus und dem Jugendhaus ups sind auch hier – vergleichbar mit Blockdiek – Treffpunkte an zentrale Stelle genannt. Die Mietkosten beim Nachbarschaftshaus sind über die Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA für 10 Jahre gesichert, im Gegenzug dazu, dass der Bau durch das Bauressort gefördert wurde. Für den Betrieb hat sich in Marßel ein Trägerverein gegründet. Die Mietnebenkosten werden teilweise gedeckt durch

Abb. 12: Schlüsselprojekt Bewohnertreff Blockdiek

Abb. 13: Schlüsselprojekt Nachbarschaftshaus Marßel

Schlüsselprojekte Marßel	Bauressort	Sozial-ressort	andere Ressorts	Private
1. Nachbarschaftshaus a) Mietkosten	Förderung des Baus			GEWOBA (mietfrei, da Bauförderung)
b) Cafébetrieb			Arbeit?	
2. Jugendhaus ups (AWO)			gesichert (Jugend)	
3. Türkische Erziehungsberatung			Jugend	
4. Streetworker			Jugend	
5. Quartiersservice	gesichert			

ab 01.01.2009 ungesichert ab 01.01.2009 noch ungesichert, Klärung läuft

Tab. 4: Schlüsselprojekte in Marßel, Stand: Dezember 2007

Einnahmen aus Vermietungen des Trägervereins und durch die Vermietung eines Teils der Räume an das Amt für Soziale Dienste. Der Café-Betrieb ist noch aus Programmmitteln bis Ende 2008 gesichert. D.h. jedoch, dass hier noch keine von den Programmmitteln unabhängige Lösung gefunden wurde. Dies muss im Verlauf des Jahres 2008 geschehen. Eine Möglichkeit wäre eine Erhöhung der Förderung des Nachbarschaftshauses durch die beiden Wohnungsbaugesellschaften. Inwieweit hier realistische Aussichten bestehen und welche anderen Möglichkeiten es gibt, muss im Verlauf des Jahres 2008 geklärt werden.

Der Betrieb des Jugendhauses ups kann durch Regelfinanzierung in geringerem Umfang als bisher gesichert werden. Das Sozialressort verhandelt mit dem Betreiber über eine Umverteilung von Personal zugunsten der Einrichtung in Marßel.

Die türkische Erziehungsberatung ist ebenfalls über Programmmittel bis Ende 2008 abgesichert. Das Sozialressort setzt sich dafür ein, die Tätigkeit im Rahmen einer anstehenden Stellenbesetzung zu berücksichtigen.

Auch die Arbeit des Streetworkers ist bis Ende 2008 über Programmmittel abgesichert. Da der Etat für Straßensozialarbeit aufgestockt wurde, ist eine weitere Finanzierung in Aussicht gestellt.

Wie in Blockdiek ist der Quartiersservice (Sauberkeit und Pflege öffentlicher Grün- und Verkehrsflächen) als Schlüsselprojekt benannt. Durch das Bauressort (Leitstelle Saubere Stadt) wird die Finanzierung gesichert.

Das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ ist in Marßel – anders als in Blockdiek – nicht als Schlüsselprojekt benannt worden, da die Fortführung der Treffpunkte als wichtiger eingestuft wurde.

Insgesamt wird deutlich, dass drei Schlüsselprojekte bis Ende 2008 noch über Programmmittel finanziert werden können. Hier konnte das Problem der Absicherung aus anderen Finanzquellen um ein Jahr verschoben werden. Nichts desto trotz muss eine andere Absicherung im Lauf des Jahres 2008 gefunden werden; die bisherigen Ansätze sind intensiv weiter zu verfolgen. Auch wird – wie in Blockdiek – bei näherer Betrachtung der Einzelprojekte (Nachbarschaftshaus) die Bedeutung des Engagements der Wohnungsbaugesellschaften deutlich.

6. Situation in beiden Gebieten nach Ende des Phasing Out

6.1 Rahmenbedingungen für Blockdiek und Marßel ab 2008

Die Quartiersräte werden in beiden Gebieten regelmäßige Quartiersforen organisieren, auf denen neben Austausch und Vernetzung die Entscheidungen über die Mittel des Quartiersfonds anstehen werden. Der Quartiersfonds umfasst wie anfänglich geplant 10.000,00 Euro pro Gebiet und Jahr und ist für die Jahre 2008 – 2010 zugesagt.

Zu Beginn des Phasing Out wurde davon ausgegangen, dass mit dem Auslaufen der Programmfördermittel die vorhandenen Strukturen ausschließlich durch Ehrenamtliche ausgefüllt werden würden. Im Prozess stellte sich in beiden Gebieten der Bedarf nach einer weitergehenden Begleitung der Prozesse heraus. Ende 2007 fiel die Entscheidung, für beide Gebiete eine „Hintergrundbera-

tung“ einzurichten. Damit deutlich wird, dass es nicht um die Fortsetzung des Quartiersmanagement in anderem Rahmen geht, wurde der erste gewählte Begriff „reduziertes Quartiersmanagement“ durch „Hintergrundberatung“ ersetzt. Aufgabe ist die Beratung des Quartiersrates vor Ort im Gebiet. Hierfür stehen ca. 10 Stunden pro Woche zur Verfügung. Die ersten Überlegungen, die Hintergrundberatung für beide Quartiere durch den bisherigen Quartiersmanager aus Marßel wahrnehmen zu lassen, wurde in Blockdiek abgelehnt. Daraufhin wird jetzt in Marßel die Hintergrundberatung durch den bisherigen Quartiersmanager geleistet, in Blockdiek wurde dem Ortsamt die entsprechende Geldsumme zur Verfügung gestellt, um die Hintergrundberatung davon zu organisieren. Weitere Personalmittel wurden von Seiten der Wohnungsbaugesellschaft und dem Betreiber des örtlichen Einkaufszentrums zur Verfügung gestellt. Die bisherige Quartiersmanagerin arbeitet unter diesen neuen Rahmenbedingungen weiterhin im Quartier.

Welche konkreten Aufgaben dabei erfüllt werden, hängt von den Bedarfen der Quartiersräte ab. Im Grundsatz gilt, dass alles, was die Quartiersräte tun bzw. tun können (u.a. Organisation der Foren), nicht professionell übernommen werden darf, um die gerade installierten ehrenamtlichen Strukturen nicht zu gefährden. Die Hintergrundberatung soll für eine Übergangszeit eingerichtet und allmählich ausgeblendet werden, ohne dass hierfür z. Zt. ein konkreter Zeitraum benannt ist.

Von Seiten der Wohnungswirtschaft und der Ortsämter liegen Zusagen zur Unterstützung und weiteren Teilnahme an den Prozessen vor.

In Reaktion auf den hohen Anteil an Arbeitslosen und Einkommensarmen in Blockdiek gehört das Quartier zum neu aufgelegten, sozialräumlich orientierten Landesprogramm „Bremen produktiv und integrativ“. Auch LOS-Projekte – in allerdings nur kleinem Umfang – werden in Blockdiek aus diesem Grund weiterhin möglich sein.

6.2 Einschätzungen

Die Aufgaben zur Organisation und Durchführung von Quartiersforen und zur Verwaltung des Quartiersfonds sind in beiden Gebieten durch die Mitglieder der Quartiersräte Erfolg versprechend abgedeckt, wenn auch insbesondere in den ersten Monaten immer wieder konkrete Stolpersteine in der Aufgabenabwicklung zu bewältigen sein werden, bei denen die Hintergrundberatung eine wichtige Rolle spielen kann. Insgesamt wird sich die Rolle der Hintergrundberatung erst in den nächsten Monaten konkret finden. Im Lauf des Jahres 2008 wird sich die Frage stellen, ob ein völliges Ausblenden professioneller Begleitung möglich und sinnvoll ist. Aus bisherigen Prozessverläufen lassen sich verschiedene Aufgaben benennen, deren Ausübung durch eine professionelle, nicht in einer Einrichtung im Gebiet engagierten („neutralen“) Person zumindest sinnvoll erscheint. Hierzu gehören weitere Anstrengungen zur Absicherung der Schlüsselprojekte, die Vermittlung und Koordination zwischen sowohl Einrichtungen als auch Bewohner/innen im Quartier („neutrale Position“) und ggf. die Koordination von sozialräumlich orientierten Förderprogrammen. Mit dem Arbeitsförderungsprogramm „Bremen produktiv und integrativ“ ist Ende 2007 ein solches Programm aufgelegt worden, die Quartiersmanager/innen in allen betroffenen Bremer Gebieten haben bei der Antragstellung eine wichtige Rolle übernommen. Die Koalitionsvereinbarungen von Mai 2007 enthalten deutliche Aussagen zur Stärkung einer sozialräumlich organisierten Förderung vor allem sozial benachteiligter Stadtteile. Sollte es hier zur Realisierung kommen, ergeben sich ggf. vor Ort in den Gebieten weitere/neue Koordinierungsaufgaben, die nicht zwingend von Quartiersmanager/innen wahrgenommen werden müssen, die jedoch für diese Aufgaben aufgrund ihrer Einbindung und Position in den Gebieten infrage kommen.

Es ist im weiteren Verlauf der Prozesse zu klären, inwieweit die Rahmengebung für ehrenamtliche Tätigkeit (Stichworte: Kontinuität, Verlässlichkeit, Koordination, Wertschätzung und Wahrnehmung) sinnvollerweise professionell übernommen werden sollte oder ob auch diese Aufgaben nach entsprechender Schulung und Einarbeitung ehrenamtlich geleistet werden können. Hierbei scheinen Aspekte wie Koordination, Verlässlichkeit und Kontinuität noch eher von Freiwilligen abdeckbar zu sein als Wertschätzung und Wahrnehmung, die eher „von außen“ kommen müssen.

Die Frage der Absicherung der Schlüsselprojekte ist nicht abschließend geklärt. Insbesondere in Marßel stellt sich die Frage nach einer längerfristigen Absicherung derjenigen Projekte, die noch bis Ende 2008 über Fördermittel aus den Programmen WiN/Soziale Stadt/LOS gesichert sind.

Vor dem Hintergrund der knappen kommunalen Finanzmittel stellt sich sowohl bei der Finanzierung der Schlüsselprojekte als auch bei der Finan-

zierung weiterer professioneller Beratung und Unterstützung jedoch auch die viel schwerer zu beantwortende Frage, ob diese Tätigkeiten nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig sind. Für diese Frage gibt es je nach Blickwinkel sehr unterschiedliche Antworten. Wie offen das Ergebnis dieser Diskussion in Bremen zur Zeit ist, zeigt eine Auseinandersetzung im Januar 2008 um eine vom Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa im Rahmen der Haushaltsdebatten vorgeschlagene Kürzung der Mittel des Programms Soziale Stadt stadtweit auf etwa ein Viertel des Mittelansatzes von 2007. Nach zahlreichen Protesten von unterschiedlichen Seiten kam es letztendlich nicht zu der geplanten Mittelkürzung.

C Empfehlungen

7. Empfehlungen für weitere Phasing Out Prozesse

Jeder neue Phasing Out Prozess wird die Individualität des jeweiligen Gebietes, die Eigendynamik jedes Prozesses und die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Beteiligten berücksichtigen und hierfür Entwicklungs- und Gestaltungsspielräume offen halten müssen. Doch jenseits dieser Unterschiedlichkeit lassen sich aus den bisherigen Erfahrungen einige Empfehlungen für zukünftige Phasing Out Prozesse unter Rahmenbedingungen wie in Bremen formulieren. Sie sind vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zu sehen, temporäre Förderprogramme sinnvoll zu beenden und bewegen sich von daher im Rahmen der Fördermittellogik. Sie berücksichtigen Ansätze, aufgebaute Strukturen und Projekte über das Ende der Förderung hinaus zu sichern, ein Problem, dass insbesondere bei den konsumtiven Projekten besteht. Die Strategien für einen Ausstieg aus den Förderprogrammen sollen jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass es sich bei allen Erfolgen der Förderprogramme auch bei Gebieten, in denen die Förderprogramme beendet werden, nach wie vor um sozial benachteiligte Gebiete handelt (vgl. allgemein Kapitel 1 und konkret Kapitel 2), die nach wie vor Förderbedarf haben (vgl. Kapitel 9).

7.1 Klare inhaltliche Aussagen und konkrete Zeitplanung für das Phasing Out

Ist die Entscheidung zum Phasing Out gefallen, erleichtert es die Arbeit vor Ort, wenn es klare inhaltliche Aussagen und eine konkrete Zeitplanung für das Phasing Out und ggf. die erste Zeit danach gibt. Die Aktiven vor Ort, die für ein Engagement gewonnen werden sollen, brauchen einerseits Klarheit darüber, welche Rahmenbedingungen feststehen, auf was sie sich also einlassen und andererseits darüber, wo ihre Gestaltungsspielräume liegen.

7.2 Ausreichende Zeit für die Umsetzung vor Ort

Für den Aufbau selbsttragender Strukturen vor Ort muss ausreichend Zeit bleiben. Wenn entsprechende Strukturen nicht bereits vorher aufgebaut wurden (s. u. Kapitel 8), ist ein Jahr hierfür das Minimum, 1 ½ Jahre lassen mehr Raum für den Aufbau der Strukturen. Die Entscheidung, sich mit gewisser Verbindlichkeit für die Arbeit im Quartiersrat zu engagieren, ist nicht immer eine Augenblicksentscheidung. Der Gruppenfindungsprozess wird i. d. R. etliche Zeit und Energie binden, bis die Rollen- und Aufgabenverteilung geklärt werden kann. Je nachdem, in welchem Maße das Auslaufen der Förderprogramme vor Ort akzeptiert ist, sind im Phasing Out außerdem Zeit und Energien aller Beteiligten für die Auseinandersetzung um das Beenden und den Kampf für den Verbleib der Förderprogramme notwendig.

Das Angebot von Schulungen und die Recherche von weiteren Freiwilligen sind Themen, die von den Engagierten u. U. in der Zeit der Gruppenfindungsphase nur schwer parallel zu bearbeiten sind. Unterstützung in diesen Bereichen sollte also längerfristig angeboten werden. Da die Quartiersräte offen für weitere Freiwillige sind, wäre es sinnvoll, Schulungen für die Aufgaben im Rahmen der selbsttragenden Strukturen auch nach Auslaufen der Förderprogramme in den Gebieten zu unterstützen.

Auch die Absicherung der Schlüsselprojekte (s. u.) braucht Zeit. Dies gilt insbesondere, wenn keine Übernahme der Projekte in Regelfinanzierung möglich ist, da dann i. d. R. kleinteilige, temporäre Finanzierungen („Patchwork-Finanzierungen“) gefunden werden müssen. Für diese Aufgabe muss innerhalb des Phasing Out ausreichend Zeit eingesetzt werden. Es ist darüber hinaus davon auszugehen, dass wegen der häufig temporären Finanzierungen eine Unterstützung der einzelnen Projekte auch nach Ende des Phasing Out – unabhängig von dessen Dauer – notwendig ist, um einen dauerhaften Bestand der Schlüsselprojekte zu gewährleisten.

7.3 Gute Arbeitsbedingungen für Quartiersräte

Auf der ganz konkreten Ebene müssen die Quartiersräte ggf. beim Finden und Realisieren guter Arbeitsbedingungen unterstützt werden. Hierbei geht es zum einen um die praktischen Fragen von Raum und Raumkosten, Büroausstattung und -material sowie Kommunikationsmedien (Telefon, Mail usw.). Die konkrete Ausgestaltung wird von Gebiet zu Gebiet unterschiedlich ausfallen, eine Mindestausstattung für die anstehenden Aufgaben

(Organisation der Foren, Verwaltung des Quartiersfonds, Beratung von Antragstellenden, Sprechstunde) muss ggf. finanziert werden, sofern im Quartier keine geeigneten Möglichkeiten bestehen. Es kann Quartiere geben, in denen in diesem Punkt kaum Unterstützung notwendig ist und andere, in denen entsprechende Strukturen nahezu neu aufgebaut werden müssen. In allen Fällen sollten am Ende des Phasing Out diese konkreten Rahmenbedingungen geklärt sein. Die Schaffung angemessener konkreter Arbeitsbedingungen signalisiert – über den praktischen Wert hinaus – auch eine Wertschätzung der Arbeit der Quartiersräte.

Gute Arbeitsbedingungen umfassen zum anderen den Kontakt mit der Verwaltung. In Abhängigkeit davon, in wie vielen Gebieten es Quartiersräte gibt und wie die Frage der professionellen Begleitung über das Ende der Förderprogramme hinaus geregelt werden kann (s. u.), müssen hier auch auf der Verwaltungsseite Strukturen aufgebaut werden, die die selbsttragenden Strukturen vor Ort entsprechend berücksichtigen. Hier sind Verwaltung und Politik gefragt, die notwendigen organisatorischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.

Eine gute Vernetzung der Quartiersräte mit den Ortsämtern und der Ortspolitik (Beiräte) sollte – falls nicht durch persönliche Kontakte der Aktiven sowieso schon vorhanden – im Rahmen des Phasing Out aufgebaut werden.

7.4 Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit

Die Initiative zum Aufbau selbsttragender Strukturen und zur Gründung von Quartiersräten kommt nicht aus den Quartieren sondern als Vorschlag von Seiten der Verwaltung und ist in dem Sinne neu, dass in den Bremer Programmgebieten bisher nicht ausdrücklich auf diese Situation hingearbeitet wurde. Insbesondere vor diesem Hintergrund sind gute Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement eine zwingende Voraussetzung, die Motivation der Freiwilligen zu fördern und zu erhalten. Darüber hinaus sind allgemeine Tendenzen und Strukturen von Freiwilligenarbeit zu berücksichtigen, insbesondere, wenn auch jüngere Menschen angesprochen und eingebunden werden sollen. So sind längerfristige verpflichtende Tätigkeiten für viele Menschen nicht interessant, die sich aber für abgrenzbare, konkrete Aufgaben einsetzen würden. Ausgehend von einem „festen Kern“ von Mitgliedern im Quartiersrat könnten weitere Freiwillige für solche Aufgaben gefunden werden. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die Suche nach diesen Freiwilligen, ihre Motivation und Koordination von Freiwilligen übernommen werden kann. In jedem Fall ist hier Unterstützung von außen, wie sie im Rahmen des Konzeptes SELTRA angedacht war, von großer Bedeutung. Gerade die seit längerem in den Quartieren freiwillig Aktiven haben häufig ihre Ansatzpunkte, Ideen und Möglichkeiten, andere Freiwillige zu finden, bereits ausgeschöpft; hier können Ideen und Anregungen von außen ggf. neue Möglichkeiten erschließen.

Freiwilligenarbeit lebt auch von Wahrnehmung, Anerkennung und Wertschätzung. Gute Kontakte zu verschiedenen Stellen in der Verwaltung und zur (Orts)Politik (s. o.) sind ein Baustein hiervon. Es ist eine Frage auch der Wertschätzung von Freiwilligenarbeit, Strukturen zu schaffen, die einen guten Informationsfluss gewährleisten und mit der Zeit der Freiwilligen achtsam umzugehen. Darüber hinaus sollte es dauerhaft eine „Anlaufstelle“ geben für Beratung bei konkreten Problemen oder Konfliktsituationen (s. u.).

7.5 Professionelle Beratung der Quartiersräte nach Abschluss des Phasing Out

In den beiden Bremer Gebieten hat sich – wie bundesweit in vielen anderen Gebieten[1] – gezeigt, dass auch nach Ende der Programmförderung und (damit verbunden) des Quartiersmanagements eine weitere professionelle Begleitung und Beratung der ehrenamtlich Tätigen vor Ort sinnvoll ist. In den beiden Bremer Gebieten wird dies durch eine „Hintergrundberatung“ im Umfang von 10 Stunden pro Woche abgedeckt. Im Lauf der Zeit ist zu überprüfen, ob und wieweit diese Hintergrundberatung reduziert werden kann. Voraussetzungen für ein Beenden dieser gebietsspezifischen Beratung sind der Aufbau guter Kommunikationsstrukturen zwischen den Quartiersräten und der Verwaltung und Politik (vgl. auch Kapitel 7.6) sowie gute Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit (vgl. Kapitel 7.3 und 7.4). Die Tätigkeiten im Rahmen der Hintergrundberatung können je nach Bedarf in den Gebieten unterschiedlich sein, dürfen jedoch in keinem Fall Aufgaben der Quartiersräte umfassen, da dies letztendlich zu einer Schwächung der selbsttragenden Strukturen führen würde.

[1] Vgl. Ruiz / Sauter (2007)

7.6 Dauerhaft: Kontakt und Beratung für Quartiersräte bei der städtischen Verwaltung

Da absehbar ist, dass es dauerhaften Kontakt- und Beratungsbedarf der Quartiersräte geben wird, gerade wenn sie nachhaltig arbeitsfähig sind, müssen hierfür auf Verwaltungsseite entsprechende Personalkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufgaben würden u.a. die Gewährleistung des notwendigen Informationsflusses, die Beratung bei Problemen sowie bei organisatorischen und formalen Fragen und die Vermittlung bei Konflikten gehören. Es ist zu prüfen, inwieweit auch Aufgaben der Freiwilligenkoordination von einer solchen Stelle geleistet werden können, oder ob hierfür eine stärkere Verankerung vor Ort in den Quartieren notwendig ist.

Dadurch soll und kann kein Ersatz für dezentrales Quartiersmanagement während der Programmlaufzeiten geschaffen werden, sondern es sollen Aufgaben in und für Gebiete erledigt werden, in denen die Förderprogramme ausgelaufen sind.

Wo die neuen Aufgaben angesiedelt werden können, muss noch geprüft werden, ggf. kämen die Ortsämter als dezentrale Verwaltungsstellen hierfür infrage.

Bei zukünftigen Phasing Out Gebieten sollten Kontakt und Beratung schon während des Phasing Out organisiert sein und eingebunden werden, um einen bruchlosen Übergang gewährleisten zu können. Wenn die formalen und organisatorischen Fragen zur Sicherstellung von Kontakt und Beratung geklärt sind und mit dem Aufbau selbsttragender Strukturen frühzeitiger im Programmverlauf begonnen wurde, kann ggf. der z. Zt. sinnvolle Schritt der Hintergrundberatung anders als für Blockdiek und Marßel organisiert werden.

7.7 Absicherung von Schlüsselprojekten

Für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des Beendens der Förderprogramme spielt die Absicherung von Schlüsselprojekten eine große Rolle. Temporäre Interventionsprogramme stoßen an ihre Grenzen, wenn es um die laufenden Kosten von Infrastruktureinrichtungen geht oder die langfristige Sicherstellung von Angeboten u. a. im Weiterbildung- und Bildungsbereich. Die Problematik verschärft sich, wenn durch die Programme Einrichtungen und Angebote finanziert werden, die Regelcharakter haben. Spätestens bei der Absicherung von einzelnen, konkreten Schlüsselprojekten wird auch die Bedeutung der Einbeziehung der verschiedenen Ressorts deutlich, da die Projekte inhaltlich in verschiedene Zuständigkeiten fallen (vgl. Tabelle 3 und 4).

Die Benennung der Schlüsselprojekte sollte wie bisher aus den Gebieten heraus in Abstimmung mit der Verwaltung erfolgen. Hierbei ist eine Konzentration auf Projekte notwendig, deren Bedeutung für das Quartier unstrittig ist. Die Erfahrungen in Blockdiek und Marßel zeigen, dass in den Quartieren verantwortungsbewusst damit umgegangen wird und keine langen „Wunschlisten“ formuliert werden. Sofern für die Gebiete Integrierte Handlungskonzepte (IHK) vorliegen, kann eine Einbindung der benannten Schlüsselprojekte in die Zielsetzungen des IHK als Kriterium für Schlüsselprojekte herangezogen werden. Auch um die teilweise langwierige und aufwendige Absicherung der Schlüsselprojekte realistisch betreiben zu können, wird davon ausgegangen, dass i.d.R. nicht mehr als fünf Schlüsselprojekte benannt werden sollten, mit Ausnahmen in begründeten Fällen. Grundsätzlich sollten die Bemühungen um die langfristige Absicherung von Schlüsselprojekten möglichst frühzeitig, also auch vor dem Phasing Out, beginnen (s. 8.3 Nachhaltigkeit von Projekten).

Eine Alternative zur zeitaufwendigen und nicht in allen Fällen erfolgreichen Suche nach einzelnen Absicherungen für Schlüsselprojekte wäre eine Ergänzung des Quartiersfonds um Mittel, die zweckgebunden für die Absicherung solcher Projekte eingesetzt werden können (ca. in der Größenordnung von 15.000,00 Euro pro Gebiet und Jahr).

7.8 Fortlaufende Beobachtung und ergebnisoffene Diskussionen über ggf. geänderte Problemlagen in den Quartieren

Die Frage, ob die betroffenen Gebiete einen weiteren bzw. erneuten Förderbedarf haben, wird immer wieder zu stellen und zu beantworten sein. Grundlage hierfür ist ein regelmäßiges und verfügbares Stadtmonitoring. In Bremen werden schon seit längerem die „Sozialindikatoren“ erhoben, mit deren Hilfe ein „Ranking“ aller Bremer Ortsteile erstellt wird und die in den Diskussionen eine erhebliche Rolle spielen. Sie sind für die Beurteilung der Situation in den Programmgebieten eingeschränkt aussagekräftig: Sie stellen Ortsteildaten dar, die Programmgebiete sind darüber nur teilweise abzubilden, wie die Beispiele Blockdiek und Marßel gezeigt haben (s. Kapitel 2). Die „Pla-

zierung“ eines Ortsteiles innerhalb des Rankings ist immer in Relation zu anderen Ortsteilen zu sehen. Eine Veränderung der Plazierung kann z. B. auch daran liegen, dass sich die Situation in anderen Ortsteilen verändert hat. Aber bei allen Einschränkungen spiegeln die Sozialindikatoren doch einen Eindruck der räumlichen Verteilung sozialer Benachteiligung wider.

Im Rahmen eines Stadtmonitoring werden in Bremen jetzt auch kleinräumige Daten (Baublockebene) erhoben. Hieraus wird z. Zt. ein „Frühwarnsystem“ für die soziale Stadtentwicklung mit drei Leitindikatoren entwickelt. (Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, Anteil von SGB II-Empfänger/innen und Sprachstand bei Schüler/innen). Da die Daten kleinräumig vorliegen, ist es dann theoretisch möglich, für Gebietsabgrenzungen, die von Ortsteilgrenzen abweichen, zusammenfassende Werte zu benennen. Hingegen ist die Veröffentlichung von Daten für einzelne Baublöcke aus Datenschutzgründen und ggf. wegen Stigmatisierung problematisch. Die erhobenen Daten müssen durch inhaltliche Diskussionen mit lokalen Expert/innen qualifiziert werden, da die Zahl alleine nicht identisch mit dem Vorhandensein von Problemlagen sein muss.

Unter der Voraussetzung eines dreijährigen Phasing Outs wird vorgeschlagen, im letzten Jahr, spätestens ein halbes Jahr vor dessen Ende die dann aktuell verfügbaren Daten zur Bevölkerungsstruktur in den betroffenen Gebieten zu diskutieren, da nicht auszuschließen ist, dass sich die Situation seit Entschluss zum Phasing Out verändert hat. Sollte eine nennenswerte Verschlechterung deutlich werden, muss ein Umsteuern des Beschlusses (also ggf. Fortsetzen statt Beenden der Förderprogramme) eine reale Handlungsalternative sein. Auch ein Jahr nach Ende des Phasing Outs sollte diese Prüfung (Stadtmonitoring-Daten und Qualifizierung durch Diskussion) wiederholt werden, bevor die Gebiete in den für Bremen geplanten „normalen“ Zeitablauf (alle zwei Jahre Erhebung und Diskussion der Stadtmonitoring-Daten) „entlassen“ werden.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt sollte es Gespräche der Verwaltung mit den Quartiersräten über die Erfahrungen des Jahres der Nach-Programm-Zeit geben, um die Erfahrungen der Beteiligten mit der Tragfähigkeit, den Chancen und Grenzen der selbsttragenden Strukturen aufgreifen zu können.

Da das Vorhandensein selbsttragender Strukturen in den Quartieren sinnvoll ist auch ganz unabhängig davon, welche Förderprogramme es in den Gebieten aktuell gibt, ist bei einem Umsteuern – also der Fortsetzung der Förderprogramme aufgrund verschlechterter Problemlagen – darauf zu achten, dass die aufgebauten Strukturen dadurch erhalten und gestärkt und nicht ersetzt werden.

7.9 Gebietsspezifische Prüfung ggf. bestehenden weiteren Förderbedarfes jenseits der Programme WiN/Soziale Stadt

Ein Ergebnis sowohl der Bemühungen um Absicherung der Schlüsselprojekte als auch der Beschäftigung mit Stadtmonitoring-Daten zeigt, dass es Projekte und Problemlagen gibt, die zwar teilweise durch die Arbeit im Rahmen der Förderprogramme identifiziert werden konnten, die aber dauerhaft nicht durch Programme wie WiN/Soziale Stadt gelöst werden können. Parallel zu den Auseinandersetzungen um die beiden Förderprogramme müssen auch Auseinandersetzungen mit solchen ggf. bestehenden weiteren Förderbedarfen erfolgen (z. B. Schlichten in Nachbarschaften, Sprachförderung an Schulen, Pflege und Erhalt von öffentlichen Grün- und Freiflächen). Nur wenn diese Diskussionen mit und in den betroffenen Ressorts parallel geführt werden, gibt es eine Chance, dass die Förderprogramme WiN/Soziale Stadt nicht dauerhafte (finanzielle) Stellvertreterrollen übernehmen müssen. Dafür sind sie weder inhaltlich gedacht noch finanziell ausgestattet.

8. Empfehlungen für andere Programmgebiete

Im Phasing Out in Blockdiek und Marßel wurde deutlich, dass nach 10 Jahren Förderzeitraum weder die Strukturen noch die Schlüsselprojekte in dem Sinne nachhaltig waren, dass eine Existenz ohne die Förderprogramme möglich schien. Im Phasing Out konnte in beiden Hinsichten viel erreicht werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob Nachhaltigkeit in diesem Sinne nicht bereits früher, während der Laufzeit der Förderprogramme stärker in den Vordergrund rücken kann und muss.

8.1 Begrenzte Laufzeit der Programme von Beginn an kommunizieren und akzeptieren, soziale Stadtentwicklung als Daueraufgabe städtischen Handelns

Voraussetzung dafür, die Absicherung von Strukturen und Schlüsselprojekten jenseits der Förderprogramme engagiert zu betreiben, ist die Überzeugung von der Endlichkeit der Förderprogramme. Nur wenn dies mehr als eine theoretische Erkenntnis ist, wird sich das praktische Handeln aller Beteiligten daran ausrichten können. Dies betrifft nicht nur die Aktiven und Akteur/innen vor Ort sondern auch gerade die Politik und im Sinne eines ressortübergreifenden Ansatzes die Verwaltungsressorts. Das hieße, deutlicher in den Vordergrund zu rücken, dass die Förderprogramme der temporären Intervention bei besonderen Problemlagen und dem Impulsgeben dienen und die Suche nach langfristigen Lösungen für Bewährtes noch engagierter betrieben wird. Nur dann ist ein Auslaufen der Förderprogramme kein Abbruch an sich notwendiger Förderung. Die begrenzte Laufzeit der Programme ist dann ein wichtiger Bestandteil sozialer Stadtentwicklung, soziale Stadtentwicklung selber jedoch eine Daueraufgabe städtischen Handelns. Diese Notwendigkeit ist im konsumtiven Bereich noch deutlicher als im investiven: Der Bau eines neuen Familienzentrums entfaltet seine Wirkung für das Quartier nach Fertigstellung und es vergehen einige Jahre, bis die Instandhaltung nennenswerte Kosten verursacht. Die laufenden Kosten für den Betrieb und die Personalkosten für die Angebote jedoch fallen in jedem Jahr erneut an. Die Umgestaltung einer Grünanlage erhöht ihre Nutzbarkeit auch in den Folgejahren, behält diesen Wert jedoch nur, wenn die Pflege dauerhaft gesichert ist. Den neu Zugezogenen in einem Quartier nützt es nichts, dass im Jahr davor Integrations- und Sprachkurse angeboten wurden, auch die Chancen der Schulabgänger/innen der Folgejahre, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, erhöhen sich nicht dadurch, dass bis Ende 2007 Beratungen hierzu u.a. durch die Programme WiN oder LOS finanziert wurden.

8.2 Nachhaltigkeit der Strukturen: Aufbau selbsttragender Strukturen von Beginn an

Die im Rahmen der Programme beabsichtigte Aktivierung der Bewohner/innen ist dann nachhaltig, wenn auch nach Ende der Förderung Grundstrukturen von Austausch, Organisation, Kooperation und Vernetzung zwischen Bewohner/innen und zwischen Einrichtungen und Akteur/innen vor Ort erhalten bleiben.

Im Rahmen des Phasing Out kristallisierten sich mit der Organisation von Quartiersforen und der Verwaltung eines Quartiersfonds Aufgaben für ehrenamtlich Tätige (Quartiersräte) heraus, die wichtige Bausteine sowohl der Aktivierung als auch der Vernetzung der Beteiligten sind und die unabhängig vom Zeitpunkt des Auslaufens der Förderprogramme initiiert werden können. Mit dem Aufbau solcher selbsttragenden Strukturen muss nicht bis zum Beginn eines Phasing Out „gewartet“ werden. Abzugrenzen sind dann die Aufgaben zwischen Quartiersmanagement und Quartiersräten. Wenn das Quartiersmanagement z. B. von den rein organisatorischen Aufgaben im Zusammenhang mit den Quartiersforen entlastet wird, sind mehr Kapazitäten frei z. B. für Freiwilligenkoordination, Koordination sozialräumlich orientierter Förderprogramme und/oder die Absicherung von Schlüsselprojekten. Wenn mit dem Aufbau der selbsttragenden Strukturen während der Programmlaufzeit begonnen wird, lassen sich rechtzeitig Erfahrungen damit sammeln, welche professionelle Begleitung und Rahmensetzung hierfür notwendig ist und wo die Chancen und Grenzen der Freiwilligenarbeit im Quartierskontext liegen.

Wenn selbsttragende Strukturen unabhängig von Fortbestehen oder Ende der Förderung aufgebaut werden, entfällt auch die ggf. problematische Parallelität des Aufbaus der Strukturen mit den Diskussionen um das Ende der Förderung.

8.3 Nachhaltigkeit der Projekte: Absicherung von Schlüsselprojekten durch andere Finanzierungen

Sowohl von den Aktiven vor Ort, den Projektträgern als auch von den Verwaltungsressorts muss der Förderzeitraum dafür genutzt werden, Spielräume für die Entwicklung passgenauer Projekte und Angebote zu nutzen und gleichzeitig für Bewährtes Alternativen zur finanziellen Absicherung zu finden.

In allen Bremer Programmgebieten hat es auch in den vergangenen Jahren viele und auch erfolgreiche Bemühungen gegeben, Projekte, die mit den Förderprogrammen angestoßen wurden, im Dauerbetrieb durch andere Finanzierungsquellen abzusichern. Als „Absicherung von Schlüsselprojekten“ sollten diese Bemühungen, gerade in Kooperation mit den jeweils inhaltlich zuständigen Res-

sorts intensiviert und vor allem unabhängig von der Laufzeit der Förderprogramme früher begonnen werden.

8.4 Eindeutige Aussagen über Programmlaufzeiten und Zeitplanung für Evaluation

Unsicherheiten über Programmlaufzeiten und Umfang der Fördermittel bringen erfahrungsgemäß viel Unruhe in die Gebiete und binden bei den Aktiven und Akteur/innen vor Ort wie auch bei den zuständigen Verwaltungsstellen viel Zeit und Energie. Eine möglichst große Klarheit über Programmlaufzeiten und die Zeitpunkte, zu denen evaluiert und über das weitere Vorgehen entschieden wird, können dem entgegenwirken.

Erschwert wird eine solche Klarheit durch einerseits die Notwendigkeit, auf Änderungen der Situation in einzelnen Gebieten zeitnah reagieren zu können und auch Programmabläufe dem anpassen zu können. Andererseits treten auch immer wieder Änderungen der Rahmenbedingungen ein (z. B. Änderungen bei den Förderprogrammen auf Bundesebene), die ein Anpassen erfordern. Von daher wird letztendliche Eindeutigkeit aus diesen inhaltlichen und auch formalen Gründen nicht erzielbar sein. Trotzdem sollte das Augenmerk darauf gerichtet bleiben, Klarheit zu erzielen und notwendige Änderungen möglichst transparent zu kommunizieren.

8.5 Quartiersmanagement mit unterschiedlichen Aufgaben zu Beginn und gegen Ende der Programmlaufzeit

Quartiersmanager/innen müssen während der Programmlaufzeit die undankbare und schwer lösbare Aufgabe bewältigen, sich erst zum Motor eines Prozesses und anschließend selber allmählich überflüssig zu machen. Daraus leitet sich zwingend ab, dass sich das Tätigkeitsprofil des Quartiersmanagements während der Programmlaufzeit ändern muss. Dies gilt sowohl für die Strukturen als auch die Projekte: Während am Beginn der Aufbau der Strukturen im Vordergrund steht, später eher Betreuung und Etablierung, kommt dann die Phase der Überleitung in selbsttragende Strukturen und anschließend die Begleitung und Beratung. Bei den Projekten wird es zu Beginn stärker um die Initiierung und Vernetzung möglicher Projektpartner/innen gehen und gegen Ende stärker um die Absicherung von Schlüsselprojekten. Die Initiierung neuer und innovativer Projekte liegt im günstigen Fall zu Beginn der Programmlaufzeit stärker beim Quartiersmanagement, gegen Ende der Projektlaufzeit stärker bei den Akteur/innen und Einrichtungen.

Wenn diese Änderungen als Prozess vom Programmstart an verstanden werden, ergibt sich, dass beim Beginn des Phasing Out selbsttragende Strukturen zum Teil schon vorhanden sein müssten und etliche Schlüsselprojekte bereits abgesichert werden konnten (vgl. Abb. 14).

9 Zusammenfassung

Für die anfänglich aufgeworfenen Fragen (vgl. Kapitel 1) hat das Phasing Out in den Bremer Gebieten Blockdiek und Marßel vielfältige Antworten ergeben. Hierbei handelt es sich oft um ambivalente Antworten:

- ⇨ Selbsttragende Strukturen mit freiwillig Engagierten für die Organisation von Quartiersforen und die Verwaltung des Quartiersfonds konnten im Phasing Out aufgebaut werden.

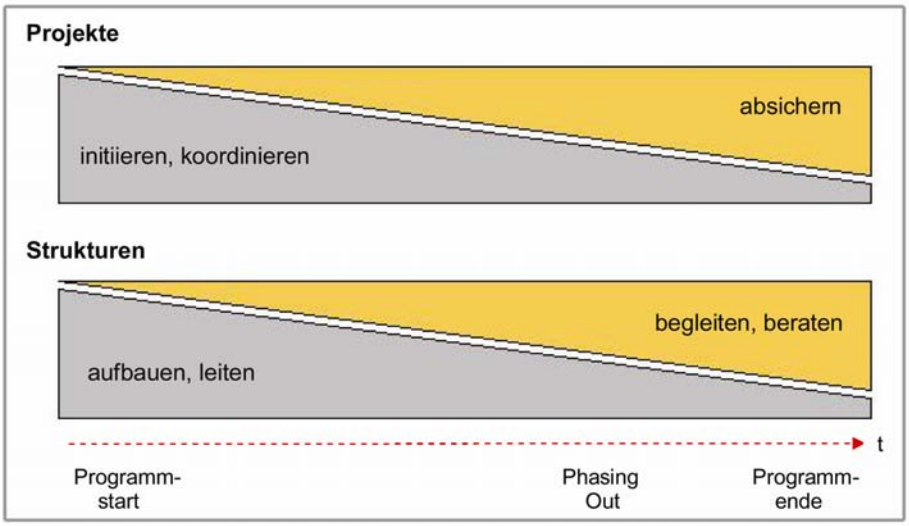

Abb. 14: Aufgaben des Quartiersmanagements (beispielhaft und schematisch)

ABER: Es ist bisher nicht gelungen, „neue“ Freiwillige für die Arbeit zu interessieren. Die Engagierten sehen aus ihren Erfahrungen heraus kaum Chancen, weitere Freiwillige zu gewinnen.

ABER: Eine Hintergrundberatung ist nach wie vor notwendig. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht klar, ob, wie und wann diese Hintergrundberatung sinnvoller Weise beendet werden kann.

⇨ Die Vernetzung der Bewohner/innen und das Ziel, ihnen als Akteur eine Stimme und Rolle zu geben, sind durch die Bildung der Quartiersräte erreicht.

ABER: Die stärkere Vernetzung von Institutionen für ein Engagement für Quartiersbelange könnte in zukünftigen Phasing Out Prozessen eine größere Rolle spielen.

⇨ Die meisten Schlüsselprojekte konnten durch das Engagement aller Beteiligten abgesichert werden, die während der Programmlaufzeit geschaffenen Treffpunkte können weiter betrieben werden.

ABER: Die Absicherung ist häufig nur temporär oder muss zumindest jährlich neu beantragt werden.

ABER: Andere, i. d. R. auch temporäre Förderprogramme spielen bei der Absicherung eine große Rolle.

ABER: Für einzelne Projekte gibt es noch keine Lösung bzw. nur Teillösungen.

⇨ Die Absicherung der Schlüsselprojekte hat bei Zusammenspiel aller Akteur/innen begründete Aussichten auf Erfolg.

ABER: Nach Beenden der Förderprogramme ist wird zur Zeit noch geklärt, wie/ob dieses notwendige Zusammenspiel für eine längerfristige Absicherung fortgesetzt werden wird.

ABER: Ein Engagement der Verwaltungsressorts (über Bau und Soziales hinaus) für die Absicherung der Schlüsselprojekte steht noch aus.

⇨ Mit dem Quartiersfonds stehen den Gebieten weiterhin in begrenztem Maße Mittel für kleinteilige, bewohnergetragene Projekte zur Verfügung.

ABER: In der nächsten Zeit wird sich im Prozess zeigen, ob diese begrenzten Mittel als Anlass und Anreiz zum Engagement für die Quartiersforen und Quartiersräte ausreichen und ob sich weitere Anlasspunkte ergeben.

⇨ Ein Phasing Out ermöglicht den Aufbau selbsttragender Strukturen und lässt Zeit zur Absicherung von Schlüsselprojekten.

ABER: Der Aufbau der Strukturen und die Absicherung der Projekte benötigen viel Zeit und Energie. Mit beidem sollte auch im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens deutlich vor dem Phasing Out begonnen werden.

⇨ Aus der Logik der Fördermittel heraus erscheint das Beenden der Förderung in den zwei Bremer Gebieten folgerichtig, da viele Erfolge erreicht wurden.

ABER: Die Gebiete gehören nach wie vor zu den sozial benachteiligten Gebieten in Bremen.

ABER: Es besteht nach wie vor Förderbedarf in den Gebieten, wenn auch anderer, ggf. in geringerem Umfang als vor Beginn der Förderprogramme.

ABER: Insbesondere für die laufenden Kosten von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur könnten regulär und dauerhaft zur Verfügung gestellte, hierfür zweckgebundene Mittel in geringem Umfang (geschätzt ca. 10.000 – 15.000 Euro pro Gebiet) für alle Beteiligten Zeit und Energie, die ansonsten für die Finanzierung dieser Kosten immer wieder notwendig sind, einsparen.

Die zahlreichen ambivalenten Antworten machen sowohl die Erfolge des Phasing Out als auch die Schwierigkeiten beim Beenden der Förderprogramme deutlich. Insbesondere das letzte „ja-aber“ drückt aus, dass temporäre Interventionsprogramme im Bereich der sozialen Stadtentwicklung nur ein Baustein mit begrenzter Dauer sind. Ihr nachhaltiger Erfolg hängt davon ab, inwieweit soziale Stadtentwicklung über diesen Baustein hinaus übergreifend von allen Ressorts als Daueraufgabe begriffen wird und entsprechende Strategien und Instrumente entwickelt werden.

Ein zentraler Stellenwert kommt der sozialräumlichen Orientierung von Politik und Verwaltungshandeln zu. Ausgehend von der Tatsache, dass sozial benachteiligte Gebiete dauerhafter Bestandteil der Stadt sind, ist es dann auch konsequent, nicht mehr von einem „erhöhten Förderbedarf“ zu sprechen, sondern von einem „anderen Regelbedarf“ dieser Gebiete.

Anhang

Rahmenvorgaben Quartiersfonds Soziale Stadt Bremen (Entwurf, Stand: 24.07.2007) 31

Abbildungsverzeichnis 33

Tabellenverzeichnis 33

Literaturverzeichnis 34

Rahmenvorgaben Quartiersfonds Soziale Stadt Bremen (Entwurf) Stand 24.07.2007

1. Quartiersforum

Entscheidungen über die Verwendung des Quartiersfonds werden im Quartiersforum getroffen. Das Quartiersforum sollte möglichst die Bevölkerungsstruktur widerspiegeln. Die Sitzungen des Quartiersforums sind öffentlich. Jede/r Anwesende ist stimmberechtigt. Für Entscheidungen sind mind. 12 Personen ab 18. Jahren erforderlich. Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Das Forum tagt mind. 4x pro Jahr.

2. Antragstellende

Anträge können von allen Bewohner/innen, auch Kinder- und Jugendgruppen (in eigener Organisation und nicht vertreten durch eine Einrichtung), Hausgemeinschaften, Bewohnergruppen, Straßengemeinschaften, Nachbarschaftsgruppen gestellt werden. Auch gemeinnützige Vereine sind antragsberechtigt. Nicht antragsberechtigt sind öffentliche und soziale Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Jugendhäuser) und andere Träger. Die Projekte sollen von Bewohner/innen selbst getragen bzw. durchgeführt werden. Anträge können jederzeit schriftlich gestellt werden.

3. Vergabekriterien

Das Quartiersforum entwickelt die Vergabekriterien in folgendem Rahmen selbst:

- Die Projekte kommen den Bewohner/innen des Quartieres, d.h. dem ehemaligen WiN/Soziale Stadt - Programmgebiet[1] zugute.
- Die Projekte fördern die Selbsthilfe bzw. Selbsthilfeorganisation und Eigenverantwortung der Bewohner/innen des Quartiers.
- Die Projekte tragen zur Verbesserung des Zusammenlebens im Quartier bei.
- Die Projekte unterstützen aktive Nachbarschaften und ermöglichen Begegnungen.

4. Förderbeträge

Die Förderhöchstbeträge pro Projekt liegen bei:

- 750,00 Euro.
- 1.500,00 Euro, wenn für dasselbe Projekt Drittmittel in mindestens der gleichen Höhe eingeworben werden.
- 250,00 Euro für Ausfahrten.
- 500,00 Euro p.a. für die Arbeit des Quartiersrates.

Förderfähig sind Sachkosten. In Ausnahmefällen und nach Abwägung von Aufwand und Nutzen (z. B. wie viele Personen werden erreicht bzw. aktiviert) können Honorare und Aufwandsentschädigungen in geringem Umfang gefördert werden.

[1] Dies entspricht in WiN-Gebieten auf Ortsteilebene den WiN-Schwerpunktgebieten.

5. Förderfähige Projekte

Gefördert werden einmalig stattfindende Projekte. Eine erneute Beantragung für gleiche oder ähnliche Zwecke ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich (z.B. für jährlich stattfindende Feste), da keine Regelförderung ersetzt werden kann.

6. Verwaltung des Quartiersfonds

Die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel des Quartiersfonds werden zur Verwaltung einer Organisation/Institution (juristische Person) im Quartier übertragen, diese ruft die Mittel bei Bedarf von der Bewilligungsstelle ab. Diese Organisation/Institution leitet die Mittel entsprechend dem Votum des Quartiersforums an die Projekte weiter und stellt die Abrechnung gegenüber der Verwaltung sicher.

Der Quartiersrat stellt sicher, dass der Fonds der Quartiersöffentlichkeit bekannt gemacht ist. Anträge werden dem Quartiersrat (ca. 5 Bewohner/innen) zugeleitet. Er prüft die Anträge formal, berät ggf. bei der Antragstellung und leitet alle formal richtigen Anträge an das Quartiersforum weiter.

Die jährlichen Mittel sollen im Kalenderjahr ausgegeben werden.

7. Nachweis der Mittelverwendung

Der Quartiersrat verabredet mit den Antragstellern einen Nachweis über die durchgeführten geförderten Aktivitäten. Dies kann z. B. erfolgen durch eine Vorstellung der Aktion im Quartiersforum (z. B. mündlicher Bericht und Foto).

Der Quartiersrat und die Organisation/Institution, die den Quartiersfonds verwaltet, stellen sicher, dass die geförderten Projekte gegenüber der Verwaltung (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Ref. 72) dokumentiert werden (Projektliste mit Angabe von Fördersummen, Antragstellenden und Projektinhalt sowie rechnerische Aufstellung aller Ausgaben (Einzelsummen). Die umgesetzte Maßnahme und ihr Erfolg sind stichwortartig zu beschreiben). In Einzelfällen sind auf Anforderungen Quittungen zur Prüfung vorzulegen.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Im Programmgebiet Blockdiek 6

Abb. 2: Im Programmgebiet Marßel 6

Abb. 3: Programmgebiet WiN/Soziale Stadt Blockdiek 7

Abb. 4: Programmgebiet WiN/Soziale Stadt Marßel 9

Abb. 5: Im Programmgebiet Marßel 9

Abb.6: Blockdiek: Fördermittel 1999 – 2008 nach Projektmonaten 12

Abb. 7: Marßel: Fördermittel 1999 – 2008 nach Projektmonaten 12

Abb. 8: Bausteine des Konzeptes SELTRA 13

Abb. 9: Prozessverlauf SELTRA 14

Abb. 10: Arbeitstreffen des Quartiersrates Blockdiek 16

Abb. 11: Arbeitstreffen des Quartiersrates Marßel 17

Abb. 12: Schlüsselprojekt Bewohnertreff Blockdiek 19

Abb. 13: Schlüsselprojekt Nachbarschaftshaus Marßel 19

Abb. 14: Aufgaben des Quartiersmanagements (beispielhaft und schematisch) 28

Alle Fotos: proloco

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Sozialstruktur im Ortsteil Blockdiek im Vergleich zur Stadt Bremen, Stand: 2006 8

Tab. 2: Sozialstruktur im Programmgebiet Marßel im Vergleich zum Ortsteil Burgdamm und zur Stadt Bremen, Stand: 2004 10

Tab. 3: Schlüsselprojekte in Blockdiek, Stand: Dezember 2007 18

Tab. 4: Schlüsselprojekte in Marßel, Stand: Dezember 2007 20

Literaturverzeichnis

Bremische Bürgerschaft (1998): Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln. Drucksache 14/708S vom 09.12.1998

Freie Hansestadt Bremen (Hg.) (2002): Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln, „Stadtteile mit besondere Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt". Stand der Umsetzung der Programme, Bremen, Juni 2002

Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) / Forschungsinstitut Stadt und Region (ForStaR) (2004): Evaluation der Programme „Wohnen in Nachbarschaften – WiN" und „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" in Bremen", Endbericht, Bremen

IWS – Institut für Wohnpolitik und Stadtökologie e.V. / proloco (2006): Integrierte Handlungskonzepte für die Programmgebiete der sozialen Stadtentwicklung in Bremen. Endbericht

Ruiz, Marcelo / Sauter, Dr. Michael (2007): Die Verstetigung der sozialen Stadt. In: Difu (Hg.): Soziale Stadt info 21

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Referat 10 (2007): Sozialindikatoren 2007, Bremen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Referat 10 (2005): Sozialindikatoren 2005, Bremen

Statistisches Landesamt Bremen: Bremen kleinräumig 2007

team2: Bericht über den Versuch der Verstetigung der Bewohner-Eigeninitiative im WiN-Gebiet Blockdiek, Bremen August 2003

team2: Überlegungen zum Outphasing im WiN-Gebiet Blockdiek, Bremen Mai 2004